

Das
**Soziale —
Orte —
Konzept**



Neue Infrastrukturen für
gesellschaftlichen Zusammenhalt

„Es braucht Raum, es braucht Menschen. Man muss ihnen eine Infrastruktur bieten. Man muss ihnen Unterstützung bieten, dass sie ihre Arbeit leisten können.“

*Im Rahmen unserer Forschung haben wir mit Expert*innen, Bewohner*innen und Akteur*innen vor Ort gesprochen. Wichtige Zitate aus diesen Gesprächen finden sich über die gesamte Broschüre verteilt.*



In Saalfeld-Beulwitz entsteht neben einer Geflüchtetenunterkunft ein Werkhaus, mit Hilfe der Stadt.

Editorial:

Liebe Leserinnen und Leser,
sehr geehrte Projekt-Interessierte,

die nebenstehende Aufzählung von Voraussetzungen für das Entstehen und Bestehen Sozialer Orte erhielten wir als Antwort in einem unserer ersten Experten*innen-Interviews rund um den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sollte es wirklich so einfach sein? Entstehen Gemeinschaft und Zusammenhalt automatisch, wenn man kreative Menschen mit Raum, Ressourcen und Know-how ausstattet und sie einen Sozialen Ort „bauen“ lässt? Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist angesagt! Gerade in Zeiten der Krise braucht es Solidarität, Rücksichtnahme und tätige Hilfeleistung. Dabei ist Zusammenhalt aber auch ein gesellschaftliches Do-it-Yourself, das von aktiven Bürger*innen in Angriff genommen werden muss. Doch was sind die Grundbedingungen für die nachhaltige Produktion von Zusammenhalt?

Im BMBF-Projekt „Das Soziale-Orte-Konzept. Neue Infrastrukturen für gesellschaftlichen Zusammenhalt“ haben wir uns genau diese Frage – neben vielen anderen – gestellt. Forschungsteams aus Göttingen waren in Waldeck-Frankenberg in Hessen (Georg-August-Universität) sowie in Saalfeld-Rudolstadt in Thüringen (Soziologisches Forschungsinstitut) unterwegs, um Antworten zu erhalten. Beide Landkreise haben mit den Herausforderungen des demografischen Wandels und wirtschaftlichen Strukturwandels zu kämpfen, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung. Beide Landkreise haben die Problemlage jedoch erkannt und arbeiten, gemeinsam mit

einer Vielzahl engagierter Bürger*innen, konsequent an innovativen Lösungsstrategien. In den untersuchten Regionen wurde öffentlicher Raum gestaltet, wurden Soziale Orte aufgebaut und (neuer) Zusammenhalt geschaffen.

Die Ergebnisse unserer Forschungsreise zur Wirklichkeit Sozialer Orte stellen wir Ihnen auf den nächsten Seiten vor. Beurteilen Sie selbst, ob das Soziale-Orte-Konzept (SOK) ein Mittel gegen die sozialstrukturelle und räumliche Spaltung unserer Gesellschaft sein kann. Ob es in der Lage ist, gleichwertigere Lebensverhältnisse herzustellen, was bisher weder politischen noch rechtlichen Ausgleichsinstrumenten – wie Länderfinanzausgleich, Solidaritätspakt und EU-Strukturfonds – oder einer Vielzahl regionalspezifischer Modellprojekte gelungen ist. Das Soziale-Orte-Konzept möchte den Aufbau neuer (Infra-)Strukturen und Institutionen des gesellschaftlichen Zusammenhalts unterstützen, Orte schaffen, an denen Menschen zusammenkommen und Gesellschaft gestalten können. Es geht dabei nicht nur um Ausdifferenzierung, Bündelung und Konzentration von Infrastrukturangeboten, wie sie das Zentrale-Orte-Konzept vorsieht, sondern um eine tragfähige Infrastruktur in der Fläche, bedarfsorientiert, individuell, jedoch vernetzt, die lokal wirken kann. Ein horizontales Netz Sozialer Orte soll die hierarchische, vertikale Struktur Zentraler Orte ergänzen, zu einem Gesamtkonzept gegen die Absiedlung ländlicher Räume.

Ihre Meinung dazu interessiert uns!
Aber zunächst viel Vergnügen beim Lesen,
Ihr SOK-Projektteam



Grußwort:

Bunt, ansprechend, informativ: So stellt sich dieses Magazin vor. Kurzweile ist angesagt, wenn es darum geht, sich darüber zu informieren, wie gesellschaftlicher Zusammenhalt gelingen kann, mit welchen Mitteln demokratische Prozesse gestärkt, wie sich von Abwanderung bedrohte ländliche Räume wiederbeleben lassen. An vielen Beispielen wird anschaulich dargestellt, was Soziale Orte ausmacht.

Das Magazin entstand innerhalb des Verbundvorhabens „Das Soziale Orte Konzept. Neue Infrastrukturen für gesellschaftlichen Zusammenhalt“, einem von 50 Projekten, die im Rahmen des Forschungsschwerpunkts „Zusammenhalt stärken in Zeiten von Krisen und Umbrüchen“ vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) seit 2017 gefördert werden. Das

vorliegende Magazin und das Soziale-Orte-Projekt sind ein gutes Beispiel dafür, wie Forschung in Zusammenarbeit mit der Praxis zu Lösungen dringender Zukunftsfragen beitragen kann. Bei der Durchführung des Vorhabens kam den Perspektiven von Kommunen, lokalen Wirtschaftsunternehmen und der Zivilgesellschaft – den Menschen vor Ort – eine tragende Rolle zu. Die in und mit den Landkreisen Saalfeld-Rudolstadt und Waldeck-Frankenberg ermittelten Ergebnisse rund um die Gestaltung Sozialer Orte sind so aufbereitet, dass sie auch in anderen Regionen und Orten angewendet werden können.

Dr. Stephanie Becker
DLR Projektträger



Inhalt:

<u>Editorial und Grußwort</u>	<u>3</u>
<u>Forschungsregionen kurz vorgestellt</u>	<u>6</u>
„Die Menschen machen den Unterschied“ Im Gespräch mit Claudia Neu und Berthold Vogel	10
<u>Was macht Soziale Orte aus?</u> Eine grafische Annäherung	<u>14</u>
„Stadt kann jede*r, Land muss man wollen“ Reportage Landkreis Waldeck-Frankenberg (Hessen)	16
<u>Das Forschungsteam in Waldeck-Frankenberg</u> Georg-August-Universität Göttingen	<u>24</u>



Landkreis Waldeck-Frankenberg.

Blick auf Schwarzburg im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt.



Gemeinschaftsküche der Solawi Falkenhof Strothe im Landkreis Waldeck-Frankenberg.

Soziale Orte erforschen	
<u>Welche Methoden wurden genutzt?</u>	<u>28</u>
Zusammenhalt Gestalt verleihen	
<u>Zwei künstlerische Interventionen</u>	<u>30</u>
Von Benefits, Gefahren und Impulsen	
<u>Ergebnisse des Forschungsprojektes</u>	<u>36</u>
Wo im Kleinen Großes entsteht	
<u>Reportage Landkreis Saalfeld-Rudolstadt (Thüringen)</u>	<u>46</u>
Das Forschungsteam in Saalfeld-Rudolstadt	
<u>Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen</u>	<u>56</u>
Und nun?	
<u>Handlungsempfehlungen</u>	<u>60</u>
Öffentlichkeit gegen den Trend	
<u>Ein Ausblick</u>	<u>66</u>

Blick über Frebershausen.



- 1.848 km² Fläche
- 156.406 Einwohner*innen (85 EW/km²)
- 22 Gemeinden, vier Mittelzentren über 10.000 EW:
Kreisstadt Korbach (23.458 EW)
Bad Arolsen (15.382 EW),
Bad Wildungen (17.264 EW) und
Frankenberg (17.689 EW)

Forschungsregion Waldeck-Frankenberg

Schrumpfen und Wachsen liegen im flächenmäßig größten Landkreis Hessens nah beieinander. Wir finden hier prosperierende Industriestandorte der Kunststoff-, Möbel- und Gummiindustrie ebenso wie eine touristisch stark erschlossene Mittelgebirgslandschaft – mit großen Wäldern, Stauseen, dem Nationalpark Kellerwald-Eder und der Mühlenkopfschanze. Zugleich kennt der Landkreis auch die strukturschwachen Bergregionen des Uplandes und sehr kleinteilige dörfliche Siedlungsstrukturen. In Waldeck-Frankenberg spielen Landwirtschaft, Handwerk und verarbeitendes Gewerbe immer noch eine wichtige Rolle. Hier trifft drohender Arbeitskräftemangel auf anhaltende Bildungswanderung der jüngeren Generation. Gleichzeitig zieht die landschaftliche Schönheit wieder vermehrt Neubürger*innen an. Für Sozialwissenschaftler*innen also ein weites und spannendes Untersuchungsfeld.

In den Gassen von Rudolstadt.



Forschungsregion Saalfeld-Rudolstadt

Im Süden des Freistaates Thüringen gelegen, weckte gerade das Uneindeutige und das Kontrastreiche im Landkreis das Interesse des Forschungsteams. Saalfeld-Rudolstadt ist ein ländlicher Kreis, aber er ist auch städtisch geprägt, er verfügt über eine reiche industriell-gewerbliche Tradition und zugleich über eine bemerkenswerte kulturelle Vielfalt. Wir können gerade auch mit Blick auf die vergangenen Jahrzehnte seit 1990 die Entwicklung des Landkreises als Geschichte von Verlusten, insbesondere durch Abwanderung, beschreiben, aber eben auch als erfolgreichen Neuanfang und Selbstbehauptung. Wir sehen Leerstand und schrumpfende Dörfer, aber auch neue Aktivitäten und eine Menge Energie und den Willen, die Region, das Stadtviertel, das Dorf zu gestalten.

- 1.009 km² Fläche
- 103.199 Einwohner*innen (100 EW/km²)
- 26 Gemeinden, Städte über 10.000 EW: Kreisstadt Saalfeld (29.278 EW) und Rudolstadt (24.943 EW)

Im Gespräch mit Claudia Neu
und Berthold Vogel

„Die Menschen machen den Unterschied“

Wer der gesellschaftlichen Spaltung entgegenwirken will, muss engagierte Menschen unterstützen, vor allem im ländlichen Raum. Ein Gespräch über Erfahrungen aus zwei Regionen. Interview geführt von Susanne Kailitz.



Was genau sind Soziale Orte?

Claudia Neu: Soziale Orte sind Orte der Begegnung, der Kommunikation und des Miteinanders. Die unterschiedlichsten Menschen kommen hier im öffentlichen Raum zusammen, um gemeinsam etwas zu unternehmen, aufzubauen oder zu erhalten. Ich denke hier an den Dorfplatz in Löhlbach, die „Alte Schule“ Dahlwigksthale oder die Initiative „Rudolstadt blüht auf“. Soziale Orte antworten häufig auf einen empfundenen Mangel – an Infrastruktur, an Freizeit- oder Begegnungsmöglichkeiten. Dann findet sich eine einzelne Bürgerin oder auch eine ganze Gruppe Aktiver, die sich an die Arbeit machen und einen Prozess der Veränderung einleiten, an dessen Ende sehr unterschiedliche Ziele oder Ergebnisse stehen können. Das kann eine Kulturscheune sein, wie etwa in Strothe, ein Dorfmoderationprozess wie in Diemelstadt oder eine bessere Vernetzung im Schwarzatal. Es gibt also nicht den einen Sozialen Ort oder die Schablone „Wie backe ich mir einen Sozialen Ort“.

Herr Vogel, aus welcher Perspektive schauen Sie auf die Sozialen Orte?

Berthold Vogel: Der Begriff der Sozialen Orte setzt einen wichtigen wissenschaftlichen, aber auch einen gesellschaftspolitischen Akzent. Gegen Stimmen, die für Abwicklung und Absiedlung sogenannter strukturschwacher Regionen plädieren und für Bürger*innen, die sich vor Ort engagieren. Mit der Forschung zu Sozialen Orten zeigen wir, dass wir vorsichtig sein sollten, Regionen nur basierend auf Strukturdaten abzuschreiben. Gerade dort, wo es strukturell nicht gut aussieht, gibt es viele Menschen, die sich vor Ort engagieren, zupacken und gegen die Widrigkeiten der Verhältnisse arbeiten. Unsere Forschung verhilft ihnen – hoffentlich – zur Sichtbarkeit.

Sehen Sie dabei einen Zusammenhang zwischen Demokratie und Demografie? Dass also an Orten, an denen die Menschen gehen, auch die Demokratie schwindet?

BV: Zumindest in den Regionen, in denen viele qualifizierte und junge Menschen gehen, verliert der Ort Teile seiner sozialen Mitte, also Menschen, die sich engagiert haben. Lokale Demokratie lebt von Engagement. Dafür, dass vor Ort etwas voran geht, braucht es mehr, als nur alle sechs Jahre zur Kommunalwahl zu gehen. Es braucht Leute, die in Vereinen aktiv sind, im Kirchenchor singen oder die Sportjugend trainieren. Diese Aktivitäten machen die Qualität des Lebens vor Ort aus. Wenn allerdings die jungen, engagierten Leute weggehen oder die mittleren Jahrgänge, die voll im Erwerbsleben stehen, bestenfalls am Wochenende Zeit haben, weil sie unter der Woche in 100 Kilometer Entfernung ihren Arbeitsplatz haben, dann bleibt das nicht ohne Folgen für den lokalen Zusammenhalt.

Beheben die Sozialen Orte in den ländlichen Räumen nicht eigentlich einen Mangel, um den der Staat sich kümmern müsste?

CN: Engagement braucht Ressourcen – das muss aber nicht allein finanzielle Unterstützung sein. Zugleich braucht es auch intakte funktionsfähige Infrastrukturen wie Sporthallen, Schulen oder Schwimmbäder, an denen sich bürgerschaftliches Engagement und Gestaltungswille andocken kann. Zugleich sind wir bei „unseren“ Sozialen Orten auf eine offene Verwaltung gestoßen, die Partnerin, auch Ermöglicherin ist und nicht Bremsklotz. Wir haben auch festgestellt, dass die örtliche Wirtschaft oft gar nicht mitgedacht wird. In Gesprächen, etwa mit den Handwerksbetrieben, wurde jedoch schnell klar, dass Selbständige einen wichtigen Beitrag leisten und hier auch noch Potential ist. Sozia-

„Soziale Orte entstehen nicht im Alleingang, sondern immer im Team.“

le Orte entstehen also nicht im Alleingang, sondern immer im Team. Wie sich diese Akteursnetzwerke aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und lokalen Unternehmen jeweils zusammensetzen, hängt immer von den örtlichen Bedingungen ab.

Unterscheiden sich Soziale Orte und die Art, wie sie entstehen, in Ost und West?

BV: Auf jeden Fall. Der Osten ist eine Region, die ihre Vergangenheit mit sich trägt. Die Bürde der DDR und die häufig sehr verunsichernden Erfahrungen der Nachwendezeit, das steckt den Leuten in den Knochen. Neben der industriellen Struktur und den Arbeitsplätzen sind auch viele junge Leute nicht mehr da. Ich glaube, das ist eine Grunderfahrung. Es gibt viele positive Entwicklungen, aber sie verblassen vor den dreißig Jahren Transformation mit all ihren Verwerfungen und Verlusterfahrungen. Diese Zwiespältigkeit gibt es in den westlichen Landkreisen nicht. Vermutlich spalten sich die Bewohner ostdeutscher Regionen stärker in die, die sich als außerhalb der Gesellschaft sehen, und jene, die sich sehr stark vor Ort, für die Gesellschaft und das Gemeinwohl engagieren.

CN: Im Westen fehlt vor allem diese Umbrucherfahrung. Das Verlustnarrativ gibt es auch, aber es ist unspezifischer und hat keinen konkreten Bezugspunkt.

Gibt es einen bestimmten Typ Mensch, der sich vor Ort engagiert oder ist das altersgruppen- und schichtenübergreifend?

CN: Man braucht natürlich ein Zugpferd, trotzdem ist es keine One-Man- oder One-Woman-Show. Es braucht Ideengeber*innen, aber vor allem diejenigen, die die Ideen dann in die Welt tragen.

BV: Es sind die aktiven Leute vor Ort, die einen Unterschied ausmachen. Daher sind auch man-

che Orte besser und andere schlechter entwickelt. Wir schauen in der Soziologie immer mehr auf die Strukturen und denken, dass es die Person nicht alleine ist. In der Realität ist das oft anders. Die Menschen machen den Unterschied.

Was sind die Ergebnisse aus Ihrer jahrelangen Arbeit? Was brauchen Soziale Orte, um gut zu funktionieren? Und wie kann ihnen das gegeben werden?

BV: Ich glaube, Infrastrukturen sind für Soziale Orte unheimlich wichtig, genau wie eine zugängliche Verwaltung. Das ist auch unsere Botschaft: Wer die Infrastruktur rückbaut, gefährdet die Existenzfähigkeit Sozialer Orte.

Frau Neu, teilen Sie das?

CN: Ja, absolut. Eins der überraschenden Ergebnisse war, dass diese Sozialen Orte eben nicht nur ein konkreter Ort sind, sondern dass sich daran auch immer ein Netzwerk aufgebaut hat, das die Qualität dieser Sozialen Orte ausmacht. Unsere Sozialen Orte weisen über sich selbst hinaus, sie sind inklusiv, laden zum Mitmachen ein, gestalten öffentlichen Raum und entwickeln Ideen für eine nachhaltige Zukunftsgestaltung. Dies bedeutet für eine zukünftige Förderung Sozialer Orte in Stadt und Land, dass nicht mehr Projekte mit einer äußerst begrenzten Laufzeit gefördert werden sollten, sondern Prozesse. Es braucht eine Förderung, mit der sich die Aktiven vor Ort ihren Sozialen Ort erhalten, erschaffen und gestalten können. Und das sieht eben überall anders aus.

BV: Interessant ist in dem Zusammenhang auch die Theorie der Nadelstiche des Stadtplaners Konrad Hummel, die besagt, dass es gerade in schwierigen Stadtteilen nur geringe Mittel braucht, um große Wirkung zu erzielen. Das gleiche gilt auch für Soziale Orte. Es geht nicht um die ganz groß-

kalibrigen, millionenschweren Projekte, die auf den Weg gebracht und mit großem Glockengeläut vor Ort installiert werden. Auch kleine Initiativen von wenigen Leuten können vor Ort große Wirkung entfalten. So beobachten wir auch in den Landkreisen gewissermaßen Nadelstiche, die dann zu einer größeren Wirkung geführt haben, wie bei der Akupunktur. Man trifft einen Nerv, verändert damit aber gleichzeitig auch Dinge an anderen Stellen.

Zum Schluss würde mich Ihr Ausblick interessieren. Wie optimistisch sind Sie hinsichtlich der Entwicklung der Sozialen Orte beider Landkreise, vor allem nach der Coronakrise?

CN: Wenn ich ernst nehme, was ich vorher gesagt habe und Soziale Orte mehr sind als nur ein Ort, den ich wieder zuschließen kann, und es sich tatsächlich um Netzwerke handelt, die sich beigebracht haben, wie man auch in Krisen auf bestimmte Dinge reagiert, schätze ich die Chancen als sehr gut ein. Trotzdem wird natürlich das ein oder andere zu Ende gehen. Das ist aber manchmal auch notwendig, um mit etwas Neuem starten zu können.

Bezogen auf unsere Fallbeispiele bin ich aber eher zuversichtlich gestimmt.

BV: Ihr Bestehen wäre wünschenswert, weil die Coronakrise uns noch einmal deutlich vor Augen geführt hat, dass wir auch diese Art von Begegnung brauchen. Die ganze digitale Welt ist natürlich ein schönes Werkzeug, aber eigentlich zeigt Corona noch sehr viel mehr, wie wichtig Präsenzerfahrungen sind und wie auch nur daraus soziale Aktivitäten, sozialer Zusammenhalt und soziale Verbindungen entstehen. Ich sehe mit großer Sorge, dass die öffentlichen Kassen irgendwann dramatisch leer sein werden. Obwohl Rettungsschirme und Konjunkturpakete, die rasch auf den Weg kamen, natürlich sinnvoll sind, frage ich mich doch, was in den nächsten Jahren geschehen wird, sollten die Kommunen in immer größere finanzielle Schwierigkeiten geraten? Dann wird es auch für die Sozialen Orte hart, denn sie leben von einer leistungsfähigen kommunalen und lokalen Infrastruktur. Wir müssen jedenfalls darauf achten, dass Soziale Orte nicht zur Spielmasse finanzpolitischer Restriktionen werden.



Was macht Soziale Orte aus?

Was sind (idealtypisch) Soziale Orte?
 Ein Sozialer Ort ist ein „Dritter Ort“ (nach Ray Oldenburg) neben Zuhause und Arbeitsplatz, geht aber auch weit darüber hinaus:



Sie antworten auf konkrete Bedarfe der Gemeinschaft.

Sie zeigen sich als innovative, hybride Institutionen, in denen Akteur*innen aus lokaler Zivilgesellschaft, kommunaler Verwaltung und regionaler Wirtschaft zusammenfinden.



Soziale Orte schaffen Öffentlichkeit und machen damit gemeinschaftliches Wirken und gesellschaftlichen Zusammenhalt sichtbar.

Die Akteur*innen Sozialer Orte knüpfen Netzwerke, die (über-) regional wirken und so räumliche Verbindungen herstellen.



Ein Sozialer Ort ist gemeinschaftlich nutzbarer Raum mit niedriger Zugangsschwelle. Dort können Menschen geplant oder spontan zusammenkommen. Er ist ein Kommunikationsort, an dem man sich über Milieugrenzen hinweg kennenlernen und soziale Bindungen verstärken kann. Auch kann er ein Ort der Verhandlung und Konfliktaushandlung sein.



Sie binden bürgerschaftliches Engagement.



Damit festigen Soziale Orte die lokale Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.



In der heutigen, technologiezentrierten Welt bilden Soziale Orte analoge Anker der Begegnung, des persönlichen Kontaktes.

„Stadt kann jede*r, Land muss man wollen“

Wie Engagierte Orte für sozialen Zusammenhalt im Landkreis Waldeck-Frankenberg gestalten.



An der Ausgabestelle der SoLawi in Strothe holen sich die Mitglieder ihren Ernteanteil ab.



Jenny Wintzer (li.) und Carolin Weidemann betreiben eine solidarische Landwirtschaft in Strothe. Ihr realisierter Traum: eine Kulturscheune für die Kunstschaffenden der Region.

Abwanderung, Leerstand, fehlende Infrastruktur: Außenstehende sehen oft am ehesten, was dem Landleben fehlt. Auch die Gemeinde Diemelstadt könnte man so wahrnehmen. Hier gab es bis zum letzten Jahr keinen nennenswerten Internetzugang, in Strothe sucht man den Supermarkt vergeblich und in Frebershausen kann man sich noch so sehr verrenken, mit dem Handyempfang wird es nichts. Aber der erste Eindruck täuscht. Die Orte sind belebt, die Einwohner*innen begeistert, viele legen sich auf die eine oder andere Weise für ihre Heimat ins Zeug und sind dabei schon weit gekommen. Zurückgelassen und abgehängt fühlt sich hier niemand, die allermeisten haben sich bewusst für das Dorfleben entschieden und können sich einen Umzug in die Stadt schon lange nicht mehr vorstellen.

Genauso geht es Carolin Weidemann und Jenny Wintzer, die in dem 250-Seelen-Dorf Strothe, das mittig im Landkreis liegt, den Falkenhof gegründet haben und den Hof als solidarische Landwirtschaft betreiben. Aktuell leben hier zehn Erwachsene und acht Kinder, verteilt auf drei Häuser.

Interessierte können Mitgliederanteile erwerben, für die sie einen monatlichen Beitrag zahlen. Im Gegenzug haben sie die Möglichkeit, das ganze Jahr über frisches, saisonales und regionales Gemüse zu genießen, das zudem noch bio-zertifiziert ist. Der Betrag, der zum Wirtschaften notwendig ist, wird jedes Jahr neu berechnet, aktuell sind es 75 Euro. „Das Besondere an dieser Art von Landwirtschaft ist, dass jede*r nur so viel zahlt, wie er oder sie kann. Die alleinerziehende Mutter mit fünf Kindern kann vielleicht nur 50 Euro aufbringen, der alleinstehende Zahnarzt

dagegen 120“, erklärt Jenny Wintzer die Idee. „Wir sind aktuell im vierten Anbaujahr und bisher hat das immer geklappt.“ Hinter dieser Art von Landwirtschaft stecke auch eine Idee der Sicherheit. „Ist eine Saison besonders reichhaltig, haben wir alle was davon. Fallen jedoch die Blattläuse über unsere Ernte her, fangen wir die Verluste gemeinsam auf.“ Nur so sei eine nachhaltige Landwirtschaft möglich, die keine Ausbeutung der natürlichen Ressourcen mit sich bringt und die Anbauenden nicht zwingt, sich dem radikalen Preisdruck zu beugen, der in konventioneller Landwirtschaft herrscht.

Dass die Zahl an Mitgliedern fest ist, ermöglicht eine Landwirtschaft ohne Verluste: Geerntet wird nur, was auch gebraucht wird. Im Gespräch wird deutlich, wie sehr die beiden sich auf ihrem Hof wohlfühlen und für das brennen, was sie machen. „Wir genießen unsere Arbeit jeden Tag und haben hier alles, was wir brauchen.“ Für die Zukunft haben beide noch einige Visionen. Als nächstes steht die Eröffnung der „Kulturknolle“ auf dem Plan, einer Kulturscheune, die Künstler*innen und Kunsthandwerker*innen aus der Region eine Bühne geben soll. „Damit sind wir für den Moment erstmal gut ausgelastet“, sagt Carolin Weidemann zum Abschied.

So geht es auch Elmar Schröder aus Diemelstadt. Der Bürgermeister des etwa 5200 Einwohner*innen großen Städtchens ganz im Norden des Landkreises hat in den letzten Jahren einiges auf die Beine gestellt. 2015 startete er das Projekt „Zukunftswerkstatt“, um sich mit den Themen Demografie, Leerstand und Abwanderung zu beschäftigen. Mit Geldern aus dem Programm „Dorfmoderation“ des Landes

„Der Soziale Ort muss keine Tür haben, die man abschließen kann, er kann auch ein Prozess sein.“



Elmar Schröder ist Bürgermeister von Diemelstadt. Er hört genau hin, was seine Bürger*innen brauchen.

Hessen hat er eine Tour durch alle größeren und kleineren Ortsteile gemacht, um die Bürger*innen nach ihren Wünschen und Visionen für Diemelstadt zu befragen. „Das war eine ganz schöne Mammutaufgabe“, erzählt er. „Die Anstrengung so großer Veranstaltungen, so schnell hintereinander, hatte ich auf jeden Fall unterschätzt.“ Trotzdem ist er begeistert, wenn er von dem Prozess und den daraus resultierenden Errungenschaften berichtet.

Im Mittelpunkt hätten Themen wie Kommunikation, Internet, Bauplätze und ärztliche Versorgung gestanden; seit im Frühjahr letzten Jahres die Ergebnisse vorlagen, seien fast alle Vorschläge umgesetzt worden. Und so wurde in Diemelstadt mittlerweile flächendeckend Breitbandkabel verlegt, mit Förderung des Landes wurde ein lokales Radwegkonzept umgesetzt, und auch neue Bauplätze sind in Planung. Neben einem „Bürgerbus“, der ältere Leute zum Einkaufen und auf Ausflüge bringt, hat Elmar Schröder auch die Idee einer Dorfapp in die Realität umgesetzt. Hier können sich Vereine und Gruppen vernetzen und auch die Dorfmetzgerei bewirbt ihr aktuelles Angebot. „Während der Coronazeit haben wir die gesamte Kommunikation zwischen Stadt und Bürgern über die App abgewickelt“, berichtet er. Mehr als 40 Prozent der Einwohner*innen seien bereits darüber verbunden. Das Engagement blieb nicht unent-

deckt: Für das Projekt wurde Diemelstadt mit dem zweiten Platz des „Hessen smart gemacht“ Preises ausgezeichnet.

Ruhe ist damit in Diemelstadt jedoch nicht eingeleitet: Die Gemeinde wurde gerade in das hessische Dorfentwicklungsprogramm aufgenommen. Vor der Ausweisung von Neubaugebieten steht hierbei die Bebauung von freien Flächen in den Dörfern, was die Ausbildung von Donut-Dörfern vermeiden soll. Bei all dem hat Diemelstadt, ganz nebenbei, auch für die Forschung wichtige Ergebnisse gebracht: Der Soziale Ort muss keine Tür haben, die man abschließen kann, er kann auch ein Prozess sein. Und was mindestens genauso wichtig ist: Es sind die Engagierten vor Ort, die einen Unterschied machen.

Menschen wie Lisa Ohntrup, Daniela Hübenthal und Sven Keute aus Frebershausen etwa. Seit 2006 stellen sie alle zwei Jahre das DorfArt Festival auf die Beine. An einem Tag im Sommer werden die verschiedensten Künstler*innen eingeladen, um ihre Werke zu präsentieren oder live Musik zu spielen. Für DorfArt stellen viele Frebershäuser*innen ihre Scheunen und Höfe zur Verfügung, das Fest zieht sich durch das ganze Dorf und lockt bis zu 3000 Besucher*innen an. „Langsam kommen wir da auch an unsere Grenzen“, sagt Sven Keute, Ortsvorsteher von Frebershausen. Problematisch seien vor allem fehlende Parkplätze. Im Moment wird für das



Sie stellt das DorfArt Festival in Frebershausen auf die Beine: *Lisa Ohntrup*.

nächste Fest eine Art Park&Ride-Möglichkeit in Erwägung gezogen. „Im Vordergrund steht bei uns der Nachhaltigkeitsgedanke,“ erklärt Initiatorin Ohntrup. „Deswegen versuchen wir auch verstärkt, Fahrradparkplätze zur Verfügung zu stellen.“

Obwohl keine*r der drei ursprünglich aus Frebershausen stammt, wirken sie dort sehr verwurzelt – von Beschwerden über das Dorfleben auch hier keine Spur. „Stadt kann jede*r, Dorf muss man wollen“, so Sven Keute. Obwohl die nächste Einkaufsmöglichkeit fünf Kilometer entfernt ist, überwiegen für die Frebershäuser*innen eindeutig die Vorteile. „Bei uns herrscht deutlich weniger Anonymität. Wenn man seinen Nachbarn für ein, zwei Tage nicht gesehen hat, macht man sich schon Sorgen.“ Die Lebensqualität sei eine ganz andere, man wache mit Vogelzwitschern auf und müsse weder Haus noch Auto abschließen. Obwohl es im Dorf mittlerweile frei zugängliches WLAN gibt, sucht man den Handyempfang vergeblich. „Genau deswegen haben wir auch noch ein öffentliches Telefon an unserer Bushaltestelle – das ist der einzige Ort, an dem jemand, der hier nicht ansässig ist, einen Notruf absetzen kann“, erklärt Sven Keute.

Mit dem DorfArt Festival hat Frebershausen einen Sozialen Ort geschaffen, der weit über die Ortsgrenzen hinaus Aufmerksamkeit erregt. Das Fest lockt alle zwei Jahre sogar Besucher*innen aus den angrenzenden Bundesländern in das kleine Dorf. Einen permanent verfügbaren Sozialen Ort findet man in Löhlbach mit der neuen

Ortsummitte. Ein gepflasterter Platz mit Linden, die im Sommer Schatten spenden und der sich so optimal für verschiedene Vereinsfeiern nutzen lässt. Daneben ein tegut Markt, der als „Lädchen für alles“ mittlerweile seit 2010 dort ansässig ist; auch eine Bäckerei und einen Bankautomaten findet man hier. Die Räumlichkeiten der Sparkasse stehen mittlerweile leer – ein Nachmieter*in für das Büro konnte noch nicht gefunden werden.

Initiator des Projekts war Rudolf Backhaus, ehemaliger Bürgermeister von Haina (Kloster). „Früher hatten wir hier drei kleine Lebensmitteläden. Geblieben ist keiner“, erzählt er. Einen Interessent*innen für das ehemalige Schulgebäude zu finden, sei schwer gewesen. Backhaus, der in Löhlbach geboren, aufgewachsen und geblieben ist, hat dort noch die ersten Schuljahre miterlebt. Mittlerweile wurde die Schule mit der des Nachbarortes zusammengelegt. Nach langen Verhandlungen mit dem Landkreis, der damals noch Eigentümer des Gebäudes war, konnte ein Kompromiss gefunden und die neue Ortsummitte im Jahr 2012 eingeweiht werden. Obwohl die Umsetzung erfolgreich war, werden die Löhlbacher*innen auch weiterhin von Zukunftsangst begleitet, denn ob sich der Laden auf Dauer halten kann, ist unklar. „Alle wissen, dass sie im Alter darauf angewiesen sind, fußläufig einkaufen zu können – trotzdem erledigen die meisten ihre Einkäufe auf dem Rückweg von der Arbeit in größeren Supermärkten“, beschreibt der ehemalige Bürgermeister das Problem.

In Frebershausen ist die nächste Einkaufsmöglichkeit fünf Kilometer entfernt. Die Einwohner*innen lieben ihr Dorf trotzdem. Hier mit dem gemeinschaftlichen Backhaus im Bild.





Wichtiger Treffpunkt: die alte Schule in Dalwigksthal. In der Corona-Krise bleiben die Stühle leer.



Kämpft mit dem Lädchen für alles gegen die große Konkurrenz: Rudolf Backhaus.

Auch der Betreiber hat mittlerweile schon mehrfach gewechselt, einen neuen zu finden sei sehr schwierig, sagt Alexander Köhler, der den Bürgermeisterposten von Rudolf Backhaus übernommen hat. „Auch für die Räumlichkeiten über dem Supermarkt suchen wir schon seit zwei Jahren einen Nachmieter.“ Mittlerweile hat die Gemeinde entschieden, daraus Wohnraum zu machen, die Renovierungsarbeiten sind bald abgeschlossen.

Mit ähnlichen Problemen hat auch die alte Schule in Dalwigksthal zu kämpfen. Das ehemalige Schulgebäude, das die Funktion eines Dorfgemeinschaftshauses für den westlich im Landkreis gelegenen Ort übernahm, ist in Kooperation mit der Stadt nach und nach zur Ersatzkneipe geworden. „Wir hatten den Plan, etwas Größeres daraus zu machen“, erzählt Jürgen Römer, seit mittlerweile 15 Jahren Wahl-Dalwigksthaler. Um die alte Schule offiziell nutzen zu können, habe man sich für die Gründung einer Genossenschaft entschieden. Bei der ersten Versammlung gab es bereits Zusagen für den Kauf von 40 Anteilen: bei nur 180 Einwohner*innen.

Nach gutem Start ließ der Kneipenbetrieb jedoch allmählich nach, und die alte Schule hielt sich als Lokalität für Geburtstage oder Famili-

enfeiern über Wasser. „Sieben Jahre lang haben wir den Betrieb mit einer ‚roten Null‘ hinbekommen“, beschreibt Römer. „Durch Corona waren wir allerdings gezwungen, auf unbestimmte Zeit zu schließen.“ So wurden unter anderem der wöchentliche Rentnertreff und der Freitagsstammtisch heimatlos. Ob die alte Schule wieder öffnen wird, ist im Moment noch unklar. Für viele Einwohner*innen würde jedoch ein wichtiges Stück sozialen Lebens wegbrechen, sollte das nicht der Fall sein. Auch Jürgen Römer hat Angst davor. „Für mich als Alleinstehenden ist das hier ein sehr wichtiger Treffpunkt.“ Ein Abend in der alten Schule sei deutlich ungezwungener, als den Stammtisch zu einem Mitglied nach Hause zu verlegen. „In Dalwigksthal wird das soziale Leben in großem Maße durch die alte Schule bestimmt“, so Römer. Die einzige andere Kneipe hat vor Jahren geschlossen, Wiedereröffnungsversuche sind gescheitert. Die alte Schule ist alles, was den Dalwigksthälern geblieben ist. Ein Grund mehr für den umtriebigen Mann, nicht aufzugeben. „Wir werden sehen, was die Situation noch mit sich bringt. Ich bin jedoch überzeugt davon, dass Dalwigksthal einen Ort wie diesen braucht – und wir werden alles daransetzen, um ihn zu erhalten.“

Das Forschungsteam in Waldeck-Frankenberg

Georg-August-Universität Göttingen

Department für Agrarökonomie und
Rurale Entwicklung, Lehrstuhl für
Soziologie Ländlicher Räume

Das Leben im ländlichen Raum steht im Mittelpunkt der Forschungsarbeiten von Frau Prof. Dr. Claudia Neu, die den Lehrstuhl für Soziologie Ländlicher Räume an den Universitäten Göttingen und Kassel innehat. Sie arbeitet mit ihrem engagierten Team in zahlreichen Projekten zu den Themen Demografischer Wandel, Daseinsvorsorge und Zivilgesellschaft in ländlichen Räumen. Fragen nach räumlicher Ungleichheit, Armut und gleichwertigen Lebensverhältnissen zählen daher zu den zentralen Forschungsfeldern von Professorin Neu. Seit 2016 ist sie stellvertretende Vorsitzende des Sachverständigenrates Ländliche Entwicklung beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft.



Prof. Dr. Claudia Neu

Projektleiterin

Sie ist Ideengeberin, Projektverantwortliche und so oft wie möglich Forschende vor Ort.

Was war für Sie die größte Überraschung der Projektlaufzeit?

Die größte Überraschung für mich war, festzustellen, wie stark Narrative, also Erzählungen über eine Region, Gedanken und Handlungen beeinflussen. Die Wende und auch die DDR ist im Osten noch immer sehr präsent, vielleicht sogar präsenter, als vor 20 Jahren. Das Leben in der DDR ist die Vergleichsfolie, vor der alles gespiegelt wird. Die Verluste im privaten wie im öffentlichen Leben bestimmen sehr stark den Blick auf das heute. Die erzielten Erfolge, die erreichten Handlungsspielräume und Chancen scheinen eher weniger Gewicht zu haben. Im Westen fehlt dieses einschneidende Erlebnis „Wende“, auf das sich alles bezieht. Das Leben im ländlichen Raum wird in Hessen durchweg positiv bewertet, aber auch hier gibt es eine Art Verlustnarrativ. Die Erzählung eines schwindenden Zusammenhalts ist aber wesentlich unspezifischer und eher auf eine verschwommen idyllische bäuerliche Vergangenheit bezogen. Der Blick allein auf sozio-demografische Kennzahlen zur Bewertung einer Region greift also zu kurz.

Ljubica Nikolic

Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektmanagerin

Ist im Projekt Öffentlichkeitsarbeiterin, Ansprechpartnerin für die Projektpartner in der Forschungsregion, Erhebungstool-Entwicklerin, Interviewerin, teilnehmende Beobachterin, Verfasserin der SOK-Artikelserie in Waldecker Landeszeitung und der Frankfurter Allgemeinen, Kreativkopf bei der Veranstaltungsplanung, Netzwerkerin und Analystin von Befragungsergebnissen.



Wenn Sie fünf Jahre in die Zukunft schauen: Was ist dann idealerweise mit den Sozialen Orten passiert?

Idealerweise würde ich die Zukunft unserer Sozialen Orte natürlich rosiger malen. Für Diemelstadt wünsche ich mir, dass Herr Schröder Tandems mit Gemeinden gründet, die nicht so gut aufgestellt sind und von seinen Erfahrungen in der Prozessentwicklung profitieren können. Ich hoffe also auf einen Blick über den Tellerrand der eigenen Gemeinde, in Richtung transkommunaler Kooperation. Für die SoLawi in Strothe wünsche ich mir, dass der Elan und die Ideen nie versiegen, die Kulturknolle ein voller Erfolg wird, das junge Team noch enger mit der alteingesessenen Bevölkerung des Örtchens zusammenwächst und der Hof zur Institution wird. In Löhlbach möchte ich auch in fünf Jahren noch einen gut gepflegten Dorfladen sehen, in dem solidarisch nicht nur Vergessenskäufe getätigt werden, sondern Wocheneinkäufe. Zudem soll der Dorfmittelpunkt immer noch rege mit Feierlichkeiten der Vereine belebt werden und den Leerstand könnte ich mir wunderbar als offenen Arbeitsraum für Anbieter aus Dienstleistung und Kreativsektor vorstellen. In Dalwigkthal hat die Schule die Corona-Pandemie gut überstanden und kooperiert nun intensiver mit dem neuen Anbieter von Partyräumlichkeiten, der Getränke und Speisen von dort bezieht und so sein Portfolio erweitern kann. Für Frebershausen wünsche ich mir immer das richtige Maß an Aufmerksamkeit für das DorfArtFestival und dass der Generationswechsel unter den Akteur*innen reibungslos gelingt.

Moritz Arndt

Wissenschaftliche Hilfskraft

Ist seit Beginn des Projektes dabei. Nach seinem Bachelorabschluss in Agrarwissenschaften an der Universität Hohenheim studiert er seit 2018 in Göttingen evangelische Theologie. Neben Recherchetätigkeiten war er in den drei Jahren vor allem an der Auswertung von Interviews beteiligt.

Was ist die wichtigste Erkenntnis der letzten zwei Jahre?

Die wichtigste Erkenntnis der letzten zwei Jahre war für mich, zu begreifen, wie wichtig regelmäßige persönliche Kontakte für unsere demokratische Gesellschaft sind. Zu sehen, wie im Laufe des Corona-Lockdowns Unsicherheit, Verschwörungstheorien und gesellschaftliche Spaltung um sich gegriffen haben, hat mich daran erinnert, wie dringend wir soziale Kontakte als Korrektiv brauchen und wie schnell wir uns voneinander entfremden können, wenn die alltäglichen Begegnungen und Gespräche fehlen. Im Hinblick auf unser Projekt ist mir dadurch nochmal klarer geworden, warum Soziale Orte so wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind.



Kai Buschbom

Wissenschaftliche Hilfskraft

Ist seit Oktober 2018 im Team und studiert im dritten Mastersemester Agrarwissenschaften. Er hat diverse Experten- und Haustürinterviews durchgeführt sowie die wissenschaftliche Begleitung des "KulturNetz Waldeck" und die Dokumentation der Zusammenarbeit mit den "Neuen Auftraggebern", im Rahmen der künstlerischen Intervention, übernommen.

Was passiert in einer Gemeinde, wenn sie einen guten Sozialen Ort hat?

Sie gewinnt an Halt, da die Sozialen Orte sich vernetzen. Stillstand hat immer etwas Pessimistisches. Dadurch, dass Menschen sich zusammenfinden und etwas aufbauen, inspirieren sie auch andere dazu, ähnliche Projekte auf die Beine zu stellen - man spricht dabei auch vom sogenannten Leuchtturmeffekt. Das „KulturNetz Waldeck“ wächst konstant und bietet vielen Menschen aus der ganzen Region eine (Austausch-)Plattform. Die Akteur*innen vernetzen dabei nicht nur sich, sondern auch die Orte.



Judith Althaus

Studentische Hilfskraft

Begleitet das Projekt seit Juli 2018. Sie befasste sich unter anderem mit den Fragen, wie sich Zusammenhalt definiert und was ihn fördern könnte, sowie mit einer statistischen Auswertung der Online-Befragung in den beiden Landkreisen. Außerdem stellte sie die Forschungsperspektive und das Projekt zusammen mit Moritz Arndt bei einer Konferenz in Kyoto, Japan, vor.

Beschreiben Sie bitte ihr Projekt in drei Sätzen!

Unser Projekt zielt auf eine veränderte Wahrnehmung des ländlichen Raums sowie ganz Deutschlands. Es soll nicht mehr nur die Quantität von Infrastrukturen betrachtet werden, sondern die Analyse der Art der Begegnungen und die Bedeutung, die solche Orte des Zusammenhalts haben, stehen im Mittelpunkt. Wir glauben, dass durch Begegnungen und Austausch in der nicht-digitalen Welt die Demokratie gestärkt wird.

Dr. Jürgen Römer

Kontaktmann im Landkreis

Als Leiter des Fachdienstes Dorf- und Regionalentwicklung im Landkreis Waldeck-Frankenberg der erste Ansprechpartner des Uni-Projekt-Teams vor Ort. Stand als Interviewpartner genauso zur Verfügung wie als Mitorganisator verschiedener Netzwerkveranstaltungen im Landkreis. Als Insider einer der wichtigsten Ideengeber.

Können Sie drei wichtige Momente benennen, die für das Projekt von Bedeutung waren?

Ein schöner, lustiger, spannender Abend beim Zukunftsforum ländliche Entwicklung in Berlin, der bestehende Zusammenarbeit in vertrauensvolles Miteinander verwandelte. Die gemeinsame Bereisung der Partnerregion Saalfeld-Rudolstadt, weil diese Blicke schärfte für Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Die erste gemeinsame Tour des Projektteams zu den ausgewählten Sozialen Orten in Waldeck-Frankenberg, weil sie wiederum eine schöne, lustige, spannende Begegnung war mit vielen Menschen.



Soziale Orte erforschen: Welche Methoden wurden genutzt?



Expert*innengespräche: Gruppen- und Einzelinterviews mit Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen deutschlandweit sowie mit Bewohner*innen und Akteur*innen aus den Bereichen Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in den beforschten Landkreisen zu Fragen rund um die Themen des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der Zukunft des ländlichen Raums sowie der Entstehung, Wirkung und des Erhaltes Sozialer Orte



Befragungen: Bürger*innen beider Landkreise wurden dazu eingeladen, Fragebögen zu ihrer Wahrnehmung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in ihren Wohnorten, Landkreisen, in Deutschland und Europa zu beantworten, außerdem führten Student*innen der Universität Kassel und der Universität Göttingen zahlreiche Gespräche an Haustüren in einzelnen ausgewählten Gemeinden

Thematischer Austausch: Einholen externer Expertise aus den Fachbereichen Verwaltungsrecht und Raumplanung, Initiierung jeweils einer künstlerischen Intervention mit Blick auf Soziale Orte und Zusammenhalt in den Landreisen, gegenseitige Besuche der Landkreispartner*innen in Hessen und Thüringen, mehrtätige Auslandsexkursionen nach Japan und Tschechien

Nachwuchsförderung: Betreuung von studentischen Haus- und Masterarbeiten an den Universitäten Kassel und Göttingen, mit klarem Fokus auf die Forschungsregionen

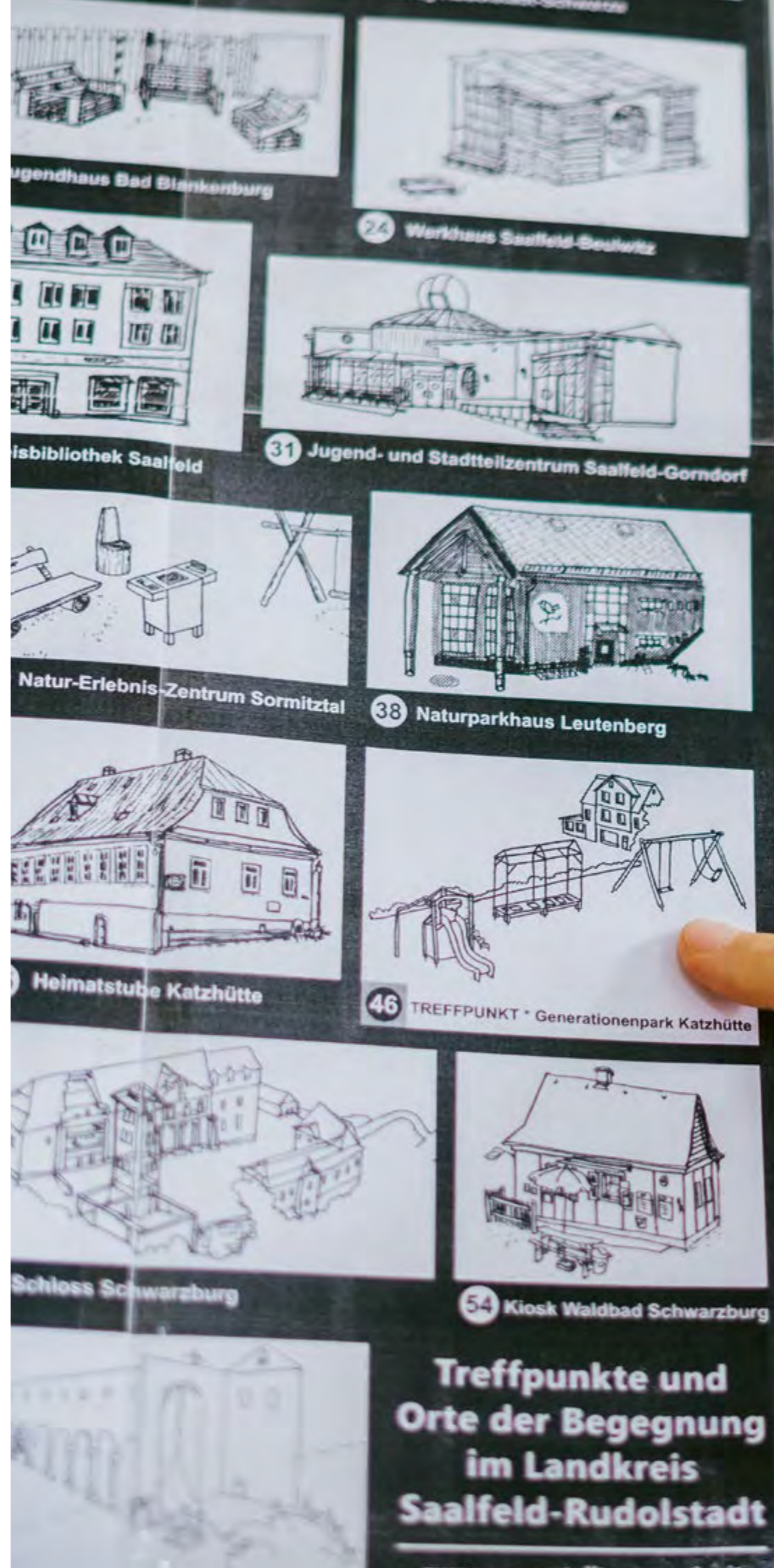
Beobachtung: Intensive Vorort-Umfeld-Analyse mit teilnehmender Beobachtung von Arbeitstreffen und Veranstaltungen rund um die Sozialen Orte in beiden Landkreisen

Literaturarbeit: Dokumentenanalyse, Recherche, Literaturlauswertung

Kommunikation: Zusammenarbeit mit Landkreis-Akteur*innen in thematischen Workshops, Öffentlichkeitsarbeit zur Vermittlung von Forschungsergebnissen

Zusammenhalt Gestalt verleihen

Eine ganz besondere Landkarte und eine Spielbank: Wie eine künstlerische Intervention das Thema Soziale Orte aufgreift.





Luise Ritter (li.) und Marlen Hoh freuen sich über die Zusammenarbeit: So können sie unterschiedliche Arbeitsweisen vereinen.

Zwei Jahre lang sind die Göttinger Forscher*innen durch den Landkreis Saalfeld-Rudolstadt gereist, haben Menschen getroffen und befragt und sich ein Bild von Sozialen Orten im Landkreis gemacht. Im dritten Forschungsjahr suchte das Team gezielt nach Kunstprojekten und Künstler*innen, um darüber einen weiteren – nicht typischerweise soziologischen – Zugang in die Region zu erhalten und sich mit den Menschen vor Ort der Frage zu widmen, wie durch Kunst das Verbindende im sozialen Raum gestärkt oder zusammenhaltstiftende Orte sichtbar und vernetzt werden können. Die Jury zur öffentlichen Ausschreibung, bestehend aus lokalen Akteur*innen und Forscher*innen, entschied sich für das Vorhaben „Treffpunkt Landkarte – Treffpunkt Spiel“, das von den zwei Künstlerinnen Luise Ritter und Marlen Hoh verwirklicht wird.

Entstanden ist dabei eine Karte der Sozialen Orte in Saalfeld-Rudolstadt und je eine beispielbare Sitzbank in den drei Gemeinden Katzhütte, Leutenberg

und Rudolstadt. Den Faltpapier hat Luise Ritter für und mit den Menschen aus dem Landkreis entwickelt, erzählt sie: „Wir hatten die Bewohnerinnen und Bewohner dazu aufgerufen, uns Zeichnungen von den Orten zu schicken, an denen Menschen zusammenkommen und wo Engagierte aktiv sind.“ Nach Gesprächen mit vielen Akteur*innen und Recherchen über den Landkreis hat die Künstlerin ergänzend zu den Einsendungen der Bewohner*innen 42 weitere Soziale Orte und Treffpunkte gezeichnet und in eine Karte eingetragen – damit Bürger*innen und Besucher*innen auf diese Weise den Landkreis aus einer ganz anderen, neuen Perspektive entdecken können und Zusammenhalt vor Ort sichtbar wird. Denn, davon ist die Leipzigerin überzeugt: „Eine Karte, die zahlreiche persönliche Geschichten erzählt, bietet eine vielschichtige und vielleicht wirklichkeitsnähere Darstellung der räumlichen Umgebung, als es ein amtlicher und standardisierter Plan zulässt.“

Neue Orte der Begegnung schafft der zweite Teil

des Projekts: Dafür hat Marlen Hoh in Absprache mit drei Gemeinden Objekte gestaltet, auf denen man nicht nur sitzen, sondern auch spielen kann. „Die Sitzflächen sind mit Brettspielen bedruckt“, erklärt Marlen Hoh, „hier können Menschen unabhängig von Alter, Status oder Beruf zusammenkommen und gemeinsam spielen. Brettspiele gehören zu den ältesten Kulturgütern, sie stehen für kulturelle Vielfalt und Toleranz – und für Spaß am Spiel unabhängig von Herkunft und Hautfarbe.“ Für das Spielen gebe es nur eine einzige Voraussetzung: „Man muss mindestens zu zweit sein.“

14 Spiele standen für die Gemeinden zur Auswahl. Katzhütte und Leutenberg haben sich für das südost-asiatische Surakarta, das skandinavische Tafl und Queah aus Nordafrika entschieden. In Rudolstadt-Schwarza dagegen können die Besucher*innen neben Surakarta auch Backgammon und Laska spielen. Während die Spielfelder mit den Sitzflächen der Bänke verbunden sind, finden sich die nötigen Materialien in Schubfächern. Außerdem ist eine vereinfachte Karte der Sozialen Orte im Landkreis auf die Bänke gedruckt. Eine Website, zu der ein auf die Bank aufgebrachter QR-Code führt, verknüpft beide Teile des Kunstprojekts und stellt Informationen zu allen Treffpunkten zur Verfügung.

Marlen Hoh und Luise Ritter kennen einander aus dem Studium – und haben sich sehr über die Möglichkeit gefreut, gemeinsam Kunst zu machen. Für das Projekt hätten die beiden Frauen sich beworben,

weil sie darin „eine Chance für kulturelles und angewandtes künstlerisches Bewusstsein in der ländlichen Region“ sehen würden, erklärt Luise Ritter, „und weil es eine wunderbare



Die Leipziger Grafikerin Luise Ritter hat eine Karte der Sozialen Orte gezeichnet.



Marlen Hoh kennt die Forschungsregion gut: Die Künstlerin lebt in Leutenberg.

Gelegenheit war, unsere beiden Arbeitsweisen gemeinsam zu verwirklichen.“ Ritter hätte gern auch enger mit den Menschen im Landkreis zusammengearbeitet. Geplant war ein Zeichenworkshop, in dem Ritter gemeinsam mit den Bewohner*innen von Saalfeld-Rudolstadt deren Soziale Orte zeichnen wollte. Die Corona-Pandemie mit ihren Kontaktbeschränkungen hat das verhindert; das Zusammenkommen entfiel.

Nun setzen die Künstlerinnen auf die Bänke: Sie hoffe, sagt Marlen Hoh, die selbst in Thüringen lebt und das Gelingen ihres Projekts so aus nächster Nähe verfolgen kann, dass diese zu „liebenswerten Treffpunkten“ in den drei Gemeinden würden. In die Landkarte der Sozialen Orte sind sie jedenfalls schon aufgenommen.

→ Weitere Informationen und Download des Faltpapiers unter: www.projekt-treffpunkt.com

Kunst als Impuls

Wie sich in Waldeck-Frankenberg eine Bürger*innen-Initiative ein Kunstwerk erarbeitet

Nicht immer beginnt Kunst mit Künstler*innen. Den Beweis erbringt gerade die Georg-August-Universität Göttingen im Landkreis Waldeck-Frankenberg. Hier liegt der Fokus weniger auf der Entstehung des Kunstwerks, als auf dem Prozess, der zur Verpflichtung der Künstlerperson führt. „Wie wirkt Kunst auf das Engagement vor Ort? Kann die Beauftragung eines Kunstwerks durch einige Bürger*innen wie ein Stimulus weitere Aktivitäten auslösen und den Zusammenhalt am Ort beeinflussen? Kann so ein neuer Sozialer Ort entstehen?“, umreißt Claudia Neu die Fragestellung, die zur Idee der künstlerischen Intervention geführt hat. Dafür kooperieren die Wissenschaftler*innen mit der „Gesellschaft der Neuen Auftraggeber“, einem Netzwerk von Mediator*innen, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Art und Weise, wie zeitgenössische Kunst entsteht, zu erweitern. Denn während Kunst im öffentlichen Raum normalerweise durch Ausschreibungen realisiert wird und die Bürger*innen davon erst Kenntnis erlangen, wenn das Kunstwerk steht, wird ein Teil von ihnen hier selbst zu Auftraggeber*innen.

Die Mediator*innen Mirl Redmann und Roland Knieg erkundeten den Landkreis auf der Suche nach potentiellen Auftraggeber*innen. An verschiedenen Anlaufpunkten erarbeiteten sie mit Akteur*innen vor Ort, welche Themen den Menschen im Landkreis besonders unter den Nägeln brennen, und stießen hierbei auf die Wasserinitiative Waldeck-Frankenberg, eine Gruppe, die sich für den verantwortungsvollen Umgang mit Wasser als Lebensgrundlage einsetzt. Erst in einem weiteren Schritt kommt dann die Kunst ins Spiel. Die Mediator*innen unterstützen die Engagierten dabei, einen künstlerischen Auftrag festzulegen, der am besten auf ihre Wünsche und Vorstellungen zugeschnitten ist, und passende Künstler*innen ausfindig zu machen. Gerade dieser Prozess des „Sich Einigens“ sei für die Initiativen vor Ort besonders wertvoll, sagt Alexander Koch, Geschäftsführer der

Neuen Auftraggeber Deutschland. „Die Formulierung des künstlerischen Auftrags ist quasi das Nadelöhr, durch das eine Gruppe gemeinsam gehen muss, bevor die Künstlerperson einen ersten Entwurf vorlegen kann.“ Das präzise Nachdenken, was dafür nötig ist, mache „im Endeffekt die DNA des gesamten Projekts“ aus. Eine Auftragserteilung an einen Künstler oder eine Künstlerin steht daher ganz am Ende des Prozesses; so ist auch im Landkreis Waldeck-Frankenberg noch nicht klar, wie das Kunstwerk am Ende aussehen wird. Ob es sich dabei um ein Musikstück, eine bepflanzte Grünfläche oder eine Skulptur handeln wird, ist noch völlig offen.

Trotz dieser Überraschungsmomente bringt sich die Landkreisverwaltung unmittelbar ein. Sie unterstützt das Projekt „Das Soziale-Orte-Konzept“, indem sie zum Beispiel die Kosten für den künstlerischen Entwurf übernommen hat, zu einem Zeitpunkt, als weder klar war, wer die Auftraggeber*innen sind, was ihr Thema sein wird und welche Künstler*in letztendlich in den Landkreis kommt. „Wir stehen hinter der Idee, kooperieren vertrauensvoll mit unseren Partnern der Uni Göttingen und sind selbst gespannt, wie sich hier Zusammenhalt generieren lässt“, so Dr. Jürgen Römer, Leiter des Fachdienstes Dorf- und Regionalentwicklung.

Die Entscheidungen über Art, Aussage und Entwickler*in des Kunstwerkes aber treffen die Akteur*innen vor Ort: Die Mitglieder der Wasserinitiative Waldeck-Frankenberg. Zu deren Zielen gehört ebenso die Erhaltung „enkeltauglichen“ Trinkwassers sowie Sensibilität für das öffentliche Gut Wasser zu schaffen. Das mögliche Kunstwerk soll dann auch die Wertschätzung für Wasser erhöhen. Der Wasserinitiative ist es wichtig, dass der Fokus auf dem „für etwas“ und weniger auf dem „gegen etwas“ liegt.

„Unser Anliegen ist, das finanzielle oder auch institutionelle Privileg, Kunstprojekte zu initiieren, möglichst vielen zugänglich zu machen“, erklärt Ale-



Die Kultur-Arche in Frankenau informiert über die Arche-Region – und ist selbst ein Kunstwerk.

*„Kann durch Kunst, die Bürger*innen in Auftrag geben, ein Sozialer Ort entstehen?“*

xander Koch. So bekämen Bürger*innen die Chance, mit Kunst auf lokale Situationen zu reagieren. Der große Unterschied zu künstlerischen Projekten, die von Gemeinde oder Land initiiert sind, bestehe darin, dass die auftraggebende Bürger*innen von Anfang bis Ende dabei sind und den Prozess durchleben, den sie selbst vorangetrieben haben. „So entsteht eine enge Bindung der Menschen an ihr Projekt und letztendlich auch an das neue Kunstwerk“, betont Koch. Im Idealfall entsteht so über die Kunst ein Sozialer Ort, der Menschen zusammenbringt – in Frankreich, wo das Konzept entstanden ist, geschieht das seit inzwischen 30 Jahren auf diese Weise. Über 500 Projekte hat das Mediator*innennetzwerk europaweit schon betreut.

Besonders durch die künstlerische Persönlichkeit und deren Ideen entstehe ein Impuls, der unerwartet oder provokant sein könne, so Koch. Er sieht da-

rin eine Chance, die Arbeit der Engagierten weiter voranzutreiben. So erhofft sich die Wasserinitiative neben Aufmerksamkeit für ihr Anliegen, auch andere Bürger*innen auf einer emotionalen Ebene zu erreichen und deutlich zu machen, dass beim Umgang mit Wasser die Nachhaltigkeit über wirtschaftlichen Interessen stehen sollte. Die öffentliche Präsentation des Künstler*innenentwurfs lädt dann zu intensiven Diskussionen mit den Bürger*innen ein. Je länger der Prozess dauere, desto größer seien oftmals der Erfolg und die Bindung am Ende, erklärt Alexander Koch. „Und genau diese Teilhabe ist es, auf die es ankommt.“

Durch die beiden unterschiedlichen Ansätze in Thüringen und Hessen bietet sich der breitestmögliche Blick auf die Wirkung künstlerischer Intervention – im Vorfeld in Waldeck-Frankenberg und in der Umsetzung in Saalfeld-Rudolstadt.

Von Benefits, Gefahren und Impulsen

Ergebnisse des Forschungsprojektes

„Es braucht Ansprechpartner, es braucht Kontaktpersonen und es muss auch ein niederschwelliges Angebot geben. Ohne geht es nicht! Ehrenamt kann sich von alleine nicht entwickeln. Es muss jemanden geben, der die ganzen Fäden zusammenbringt und auch so ein Stück weit organisatorisch was anbietet und Rahmenbedingungen liefert, weil sonst verläuft sich das.“

Was benötigen Soziale Orte – in ihrer Entstehung und für ihre Entfaltung?

1. Unabdingbar für Soziale Orte sind das Vorhandensein und das Vorhalten öffentlicher Infrastrukturen und Institutionen. Soziale Orte entwickeln sich nicht gegen oder ganz ohne öffentliche Strukturen, sondern mit ihnen.
2. Die Möglichkeit, nicht nur ein Projekt, sondern ein Prozess zu sein, ist entscheidend, da es nicht darum geht, immer wieder befristete Projekte zu ermöglichen, sondern Prozesse in Gang zu setzen, die nachhaltig nach dem Vorsorgeprinzip wirken können.
3. Für die Initiierung und Stabilisierung Sozialer Orte sind überdurchschnittlich engagierte und innovationsfähige Akteur*innen erforderlich, mit der entsprechenden finanziellen Unterstützung, Wertschätzung und den nötigen Freiräumen.
4. Ein weiterer zentraler Punkt ist die Offenheit in der Verwaltung für partizipative Prozesse und innovative Kooperationen.
5. Soziale Orte brauchen überregionale Aufmerksamkeit und Einbindung. Sie benötigen Netzwerke, dauerhafte Kooperationsbeziehungen und Anerkennung über den engeren lokalen Zusammenhang hinaus.
6. Wichtig sind Prozesse der internen Festigung und Strukturbildung der ursprünglichen Initiativgründungen, beispielsweise durch die Überführung in eine formale Struktur eines Vereins, durch den Aufbau themenbezogener Arbeits- oder Projektgruppen, sowie regelmäßig stattfindende Zusammenkünfte.
7. Gleichzeitig braucht es dabei eine niederschwellige Öffnung des Sozialen Ortes nach außen: gegenüber neuen Kooperationen und Ideen. Der Fokus sollte nicht auf der starren Abgrenzung der Gemeinschaft, sondern auf dem Zusammenspiel von Bindung und Offenheit liegen.
8. Die so widersprüchlichen Eigenschaften der festen Struktur im Inneren eines Sozialen Ortes, bei gleichzeitiger Öffnung nach außen, lassen sich durch konzentrische Akteurskreise abbilden (siehe Abbildung 2).
9. Nicht jede*r muss alles können: Es macht Sinn, unterschiedliche organisatorische, kommunikative und fachliche Kompetenzen zu bündeln.
10. Soziale Orte sind Orte der Konfliktaustragung und Konfliktbewältigung, damit hängt die Stabilität und Bindungskraft eines Sozialen Ortes auch von der Fähigkeit zum produktiven Zusammenwirken, der Kompromissbereitschaft und den Möglichkeiten der Konfliktbewältigung ab, über die die verschiedenen Akteur*innen verfügen.

Herausforderungen für einen Sozialen Ort:

- seit Jahren/Jahrzehnten andauernde ökonomische wie demografische Abwärtsentwicklung einer Region
- Rückzug aus der flächendeckenden Bereitstellung von Infrastrukturen und Leistungen der Daseinvorsorge
- stark polarisiertes lokales Umfeld
- unzureichende politische Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements
- bürokratische Hürden, etwa in der Raum- und Bauplanung, sowie bei Förderprogrammen für Kleinstvorhaben

Impulse von Sozialen Orten für gesellschaftlichen Zusammenhalt

Soziale Orte haben eine Binnenwirkung auf die Menschen in der Gemeinde, aber auch eine Außenwirkung in die Region und darüber hinaus

- durch die Wahrnehmung kollektiver Selbstwirksamkeit, also das Selbstverständnis beteiligter Akteur*innen, mit den eigenen Aktivitäten, Projekten und Aktionen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen zu können
- durch die Schaffung bzw. den Erhalt von Begegnungs- und Kommunikationsorten
- durch ihren integrierenden, offenen Charakter und ihre intensive Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen sowie Personen und Institutionen anderer Bereiche (bspw. Verwaltung, Wirtschaft, Politik, Wohlfahrtsorganisationen)
- durch die Einbringung von Zukunftsvisionen und neuen Denkanstößen in die Bevölkerung

Die doppelte Akteurs-Trias Sozialer Orte

Kommunen sind die zentralen, aber keineswegs die einzigen Handlungsträger*innen im Soziale-Orte-Konzept: Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sind ebenfalls wesentliche Partner*innen. Der Staat – also Bund und Länder – muss den sozialen Zusammenhalt fördern. Für die Akteur*innen aus Verwaltung, Zivilgesellschaft und Privat- oder Kommunalwirtschaft wurde im Projekt eine Akteurs-Trias entwickelt, die nicht nur die beteiligten Sektoren zeigt, sondern auch die ihnen zugeordnete Rolle (siehe Abbildung 1).

So übernimmt die Kommunalverwaltung als regulierendes, ermöglichendes Organ meist die Rolle der Raum- und Ressourcengeberin. Die Zivilgesellschaft – also Bürger*innen, Initiativen, Vereine, Verbände, Stiftungen oder Kirchen – liefert häufig die Idee, hält alle Beteiligten zusammen und „am Ball“, übernimmt also die Aufgabe des Motivators oder Katalysators. Im Bereich Kommunikation nach außen gibt es zum einen die Rolle des „Brückenbauers“, der eine Vermittlungsfunktion zwischen den institutionellen Akteur*innen der öffentlichen Hand und der Regionalplanung einerseits, sowie den freiwillig Engagierten bzw. Bürger*innen andererseits, innehat. Genau wie die Rolle des Promoters, der die Idee des Sozialen Ortes durch Öffentlichkeitsarbeit nach außen trägt und damit vervielfachen kann, übernimmt das oft wieder der/die Bürgermeister*in oder Ortsvorsteher*in, manchmal aber auch eine besonders profilierte Person aus der Zivilgesellschaft. Bei dieser Rollenzuschreibung werden aber häufig die privaten und öffentlichen Unternehmen vergessen, die den Fokus immer mehr auf lokales Engagement legen und sich durchaus auch in der Lage und in der Pflicht sehen, Räume oder Ressourcen zur Verfügung zu stellen, die Öffentlichkeitsarbeit für den neuen Sozialen Ort zu übernehmen und damit stark zu deren Vernetzung beizutragen. Die wirtschaftlichen Entwicklungspotenziale liegen nicht „nur“ im Erhalt und in der Schaffung von Arbeitsplätzen und Konsummöglichkeiten. Unternehmen profitieren von einer funktionierenden technischen Infrastruktur,

von einem leistungsfähigen Bildungs- und Sozialsystem und weiteren öffentlichen Gütern. Hier können und wollen sie etwas zurückgeben und sollten daher auch aktiv in die Entwicklung von Konzepten der (trans)regionalen Daseinsvorsorge einbezogen werden.

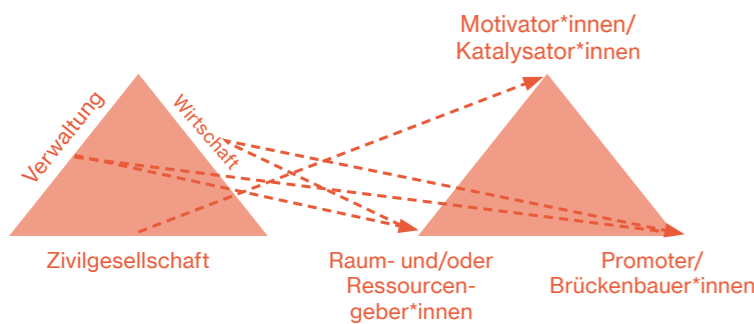


Abbildung 1: Die doppelte Akteurs-Trias Sozialer Orte; Quelle: eigene Darstellung

Struktur konzentrischer Akteurskreise

Um den Spagat zwischen interner Festigung und externer Offenheit zu bewältigen, haben Soziale Orte häufig eine Struktur konzentrischer Akteurskreise (siehe Abbildung 2).

Im inneren Kreis befinden sich einige hoch motivierte und mit relevanten Handlungskompetenzen ausgestattete Schlüsselakteur*innen – häufig die Gründer*innen der Initiativen. Es folgt ein erweiterter Kreis von engagierten Mitstreiter*innen, etwa in den Arbeitskreisen, die vielfältige Kompetenzen haben und sich, mit unterschiedlicher zeitlicher wie praktischer Intensität, ehrenamtlich einbringen. Der größte Akteurskreis bildet die Sympathisant*innen und Unterstützer*innen ab, die sich punktuell an Projekten beteiligen, aber vornehmlich mit Geld- oder Sachspenden in Erscheinung treten. Eine solche funktionale Rollendifferenzierung fördert die personelle Stabilität im organisatorischen Kern der Initiative, ermöglicht aber auch die notwendige Fluktuation und Flexibilität unter den Beteiligten.

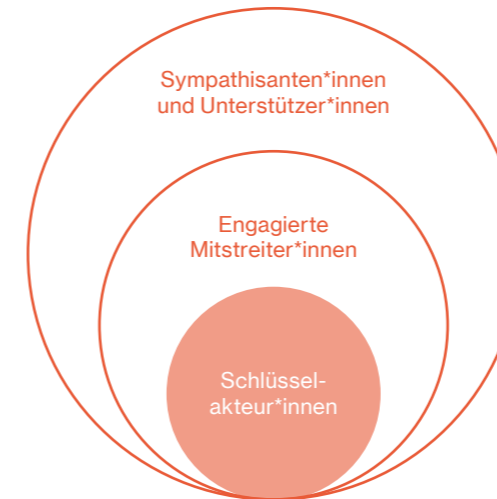


Abbildung 2: Struktur konzentrischer Akteurskreise; Quelle: eigene Darstellung

Bottom-up oder Top-down

Bei den intensiv untersuchten Sozialen Orten in Saalfeld-Rudolstadt handelte es sich vorrangig um Initiativen, deren Ursprung in einem zivilgesellschaftlichen Akteursfeld zu finden ist. Der Anstoß ging also „von unten“ aus („bottom-up“), was viele der in diesem Landkreis befragten Menschen auch als wichtige Voraussetzung zur Herstellung von gesellschaftlichem Zusammenhalt ansehen. Natürlich gibt es aber auch gute Beispiele dafür, dass der Anstoß ebenso vom Bürgermeister oder der Bürgermeisterin (also top-down) kommen kann – wie in den vorgestellten Beispielen aus Diemelstadt und Löhbach in Waldeck-Frankenberg – wenn es gelingt, die Bürger*innen rechtzeitig für zukunftsweisende Ideen zu gewinnen und in die Entwicklung einzubinden. Insgesamt wird deutlich, wie wichtig öffentliche Institutionen und die Institutionalisierung Sozialer Orte sind. Je temporärer und fragmentierter das Engagement der Bürger*innen ist, desto besser muss der „Rahmen“ sein. Sind Prozesse initiiert, kann flexibel auf sich verändernde Bedarfe und neue Herausforderungen reagiert werden (siehe z.B. Diemelstadt) und zwar nicht nach dem Feuerwehrprinzip – wir löschen, wenn es brennt – sondern nach dem Vorsorgeprinzip, nach dem sich der Brand dann vielleicht sogar verhindern lässt.

Um an diesen Punkt zu kommen, haben Soziale Orte bereits eine Entwicklung durchlaufen: von der internen Stabilisierung über die Verstetigung hin zur Institutionalisierung. Und auch im Selbstverständnis der beteiligten Akteure*innen sind sowohl die von ihnen geschaffenen Organisations- und Vernetzungsstrukturen, als auch die inhaltlichen Ziele, auf Dauerhaftigkeit ausgerichtet.

Benefits für die Gemeinde mit Sozialem Ort

Was bringt nun einer Gemeinde diese Kooperation der Akteur*innen aller Sektoren? Nach dem Soziale-Orte-Konzept (SOK) sehr viel. Während das Zentrale-Orte-Konzept (ZOK) anhand von Bevölkerungszahlen, geographischer und wirtschaftlicher Lage sowie Infrastrukturausstattung in Grund-, Mittel- und Oberzentren unterteilt, nimmt das Soziale-Orte-Konzept auch die Einflussfaktoren auf sozialen Zusammenhalt in den Blick: vorhandene und entstehende Soziale Orte, die Vernetzung innerhalb der Gemeinde aber auch über die Ortsgrenzen hinaus, die Kooperation zwischen den Sektoren Staat, Markt sowie Zivilgesellschaft, das Vorhandensein der Bedingungsfaktoren für Soziale Orte. Das SOK unterteilt demnach nicht nur in Grund-, Mittel- und Oberzentrum, sondern ergänzt die Einteilung des ZOK durch die Kategorien robuster, resilienter oder riskanter Zusammenhalt.

Daher können Gemeinden, die aufgrund ihrer Bewohner*innenanzahl noch nicht einmal als Grundzentrum im Sinne des ZOK dienen, einen durchaus resilienten Zusammenhalt vorweisen (siehe Abbildung 3, Beispiel a), da der Ortsvorsteher oder die Ortsvorsteherin, das ortsansässige Handwerk (das auch einige Arbeitsplätze bereitstellt) und zahlreiche Freiwillige einen oder mehrere gemeinsame Soziale Orte geschaffen haben und am Laufen halten (siehe z.B. das DorfArt Kunstfest in Frebershausen). Auch hier wandern Jugendliche zur Ausbildung ab, steigt die Zahl der Senior*innen, gibt es Leerstand, aber gleichzeitig auch eine sehr aktive Bürgerschaft sowie eine zulassende und unterstützende Verwaltung, die gemeinsam Handlungsspielräume nutzen.

Quartiere eines Oberzentrums können einen riskanten Zusammenhalt aufweisen (siehe Abbildung 3, Beispiel b), weil Infrastruktur, die für die Entstehung und den Erhalt von Sozialen Orten unerlässlich ist, abgebaut wird – etwa in Folge des demografischen Wandels oder des sterbenden Einzelhandels – und das Milieu des Engagements sukzessive abwandert. Dann fehlen Treffpunkte und Gelegenheitsstrukturen für gesellschaftliche Teilhabe. Die Menschen sehen sich mehr und mehr an den gesellschaftlichen Rand gedrängt.

Einen robusten Zusammenhalt weisen eher die Gemeinden auf, die sowohl über ausreichende Arbeitsplätze, infrastrukturelle Ausstattung und ausgeglichene Kommunalfinanzen als auch über kooperative Netzwerke

zwischen Wirtschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft verfügen (siehe Grundzentrum Diemelstadt). Sie haben gemeinsam die zukünftigen Herausforderungen im Blick, stoßen neue Ideen an und vernetzen sich auch interkommunal und überregional. Der öffentliche Raum bietet niederschwellige Partizipationsmöglichkeiten (siehe Abb. 3, Beispiel c).

Soziale Orte sind im SOK also sowohl Bewertungstools für den Zusammenhalt als auch treibende Kraft zur Stärkung desselben. Durch eine Bewertung der Gemeinden nicht nur nach wirtschaftlichen oder demografischen Größen, sondern ergänzend auch nach ihrer Kohäsionskraft (robust, resilient, riskant), entsteht ein viel konkreteres Bild der Ressourcen und Potenziale deutscher Gemeinden, Quartiere und Regionen.

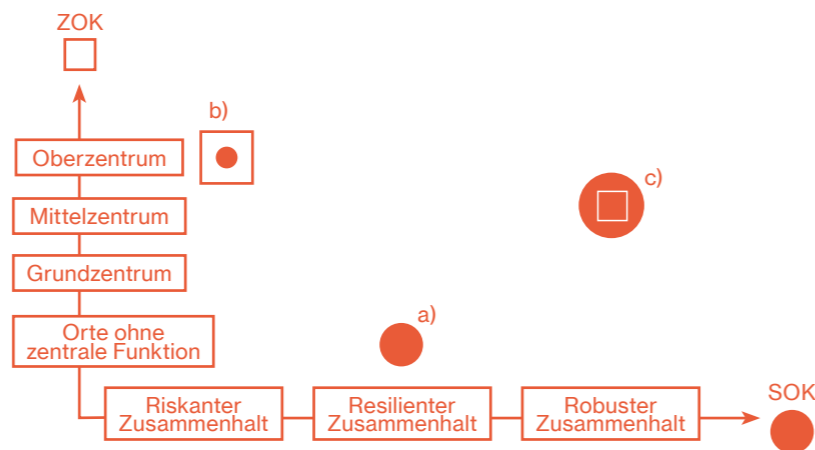


Abbildung 3: SOK-ZOK-Wechselspiel in der Beurteilung von Gemeinden; Quelle: eigene Darstellung

Das Soziale-Orte-Konzept steht für ...

- eine Veränderung der Sichtweise: Kleinstadt und ländlicher Raum zählen. Für die gesellschaftliche Zukunft spielen sie eine zentrale Rolle
- die Bekräftigung öffentlichen Engagements: Die Vitalität der (lokalen) Demokratie hängt an der Leistungsfähigkeit von öffentlichen Infrastrukturen und Gütern in der Fläche
- die Verteidigung eines Prinzips: Gleichwertige Lebensverhältnisse sind kein Luxusprodukt für bessere Zeiten, sondern ein Leitprinzip der Gesellschaftsgestaltung

Das Soziale-Orte-Konzept (SOK)

Der Begriff „Soziale-Orte-Konzept“ bezieht sich zum einen auf das raumplanerische Zentrale-Orte-Konzept (ZOK), als dessen wichtige Ergänzung, zum anderen beinhaltet der Begriff bereits die Kernaufgabe des neuen Konzepts, nämlich die Stärkung von Sozialen Orten als positive Bedingungsfaktoren für gesellschaftlichen Zusammenhalt.

1. Das SOK plädiert für eine veränderte Wahrnehmung sozialen Zusammenhalts, in der die lokalen Aktivitäten der Zivilgesellschaft, der Verwaltung und der Privatwirtschaft eine systematische Berücksichtigung auch in der Darstellung und Planung räumlicher Einheiten finden.

Ergänzend zur formalen Darstellung nach ihrer Funktion als Grund-, Mittel- oder Oberzentrum (entspre-

„Ich denke, dass die Kommunikation und das Gespräch gerade im jetzigen Zustand unserer Gesellschaft ganz wichtig sind, und da können solche Sozialen Orte natürlich auch viel zu beitragen.“

chend des ZOK), nimmt das SOK ebenso in den Blick, wie Dörfer, Gemeinden oder Regionen zivilgesellschaftlich repräsentiert werden, ob und wie sich vor Ort mit Zukunftsfragen auseinandergesetzt wird, ob Kooperationsbeziehungen nach innen und außen gesucht und Netzwerke gebildet werden und natürlich, ob Soziale Orte zu finden und welche Unterstützungsstrukturen in den Regionen gegeben sind.

In weiteren Forschungen gilt es nun, Indikatoren zu entwickeln, die eine Verallgemeinerung des Konzeptes ermöglichen und dessen Ergebnis eine neue Kartografie des sozialen Zusammenhalts ist:

Der neue Blick und die Bewertung von Regionen im Sinne des SOK führt zu einer vollkommen neuen Einordnung von Regionen. Statt eines Mappings von Verlust- und Gewinnregionen, der Kartografie von Migration und demografischem Wandel, finden sich in Schrumpfungregionen durchaus resiliente Gemeinden mit der entsprechenden Selbstwirksamkeit, lebendige Gemeinschaften, die innovative Lösungen für neue Herausforderungen finden, sei es nun das schnelle Internet oder die Aufnahme von Geflüchteten. Umgekehrt lassen sich in Wachstumsregionen auch riskante Stadtbezirke und Orte finden. Die neue Kartografie des sozialen Zusammenhalts soll Ressourcen und Potentiale aufzeigen, aber auch auf Schwachstellen und Unterstützungsbedarf von Gemeinden und Regionen hinweisen. Dies kann der Ausgangspunkt für die „Behandlung“ von Gemeinden im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse, der Stärkung gesellschaftlichen Zusammenhalts und dem Aufbau von Kooperationsbeziehungen zwischen starken und schwachen Kommunen sein.

Der hierarchischen Einordnung von Kommunen im Zuge des Zentrale-Orte-Konzepts werden horizontale

Strukturen in den Regionen, die vorrangig auf den sozialen Zusammenhalt in lokalen Kontexten ausgerichtet sind, durch das SOK an die Seite gestellt.

2. Das SOK fordert eine Anpassung von Raumprogrammen auf bundes-/landes-/regional- (und kommunal-) politischer Ebene.

Es gilt Voraussetzungen für Kommunen zu schaffen, um vor Ort Unterstützungsstrukturen für Soziale Orte zu halten und zu stärken, Teilhabe zu ermöglichen und damit regional und überregional gleichwertige(re) Lebensverhältnisse zu erreichen (siehe Kapitel Handlungsempfehlungen).

3. Das SOK macht „neue Infrastrukturen“ (Soziale Orte) und ihren Wert für gesellschaftlichen Zusammenhalt und lokale Demokratie sichtbar.

Durch das Soziale-Orte-Konzept sollen das Zusammenwirken von Staat, Gemeinden, Wirtschaftsunternehmen und Zivilgesellschaft, ebenso wie bestehende Problemfelder in Regionen und damit die Voraussetzungen für gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie aktives Zukunftengagement für alle stärker sichtbar werden. Auch die Verzahnung unterschiedlichster Bereiche der Gesellschaft oder auch innerhalb der Verwaltung wird dargestellt und kann so für die Region gewinnbringend genutzt, intensiviert oder verbessert werden.

4. Das SOK erfasst und etabliert flächendeckend Unterstützungsstrukturen und Möglichkeitsräume für Soziale Orte und lokales Engagement in Regionen (siehe Unterstützungsstrukturen im Kapitel Handlungsempfehlungen).

Bürger*innenbefragungen zu gesellschaftlichem Zusammenhalt

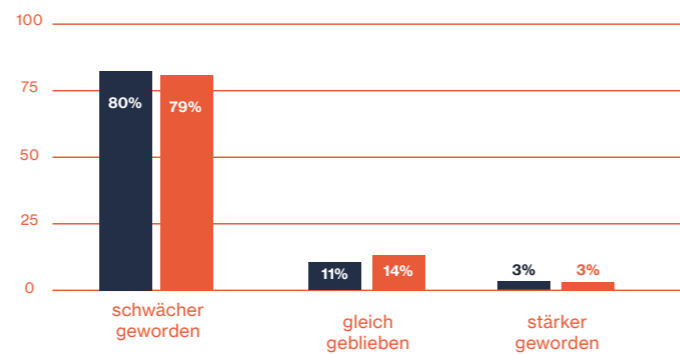
Aus der Bürger*innenbefragung in beiden Landkreisen im Frühjahr/Sommer 2019 liegen 1.221 Datensätze vor, die Basis folgender Aussagen sind:

- Identifizierung unterschiedlicher Zeitbezüge für die Wahrnehmung von Zusammenhalt in Ost (politische Wende 1989/1990 und ihre sozialen wie ökonomischen Folgen) und West (Wandel der Agrargesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft).
- Die Wahrnehmung gesellschaftlichen Zusammenhalts ist von einer ausgeprägten Nahraumorientierung geprägt: Familie, Freunde, Nachbarschaft, Vereine, manchmal auch die Dorfgemeinschaft, sind die am häufigsten wahrgenommenen Quellen, beziehungsweise Orte, des sozialen Zusammenhalts.
- Häufigstes Bindemittel der Kohäsion ist die „Gegenseitigkeit des Alltagshandelns“, die Reziprozität, wie zum Beispiel „gegenseitige Hilfe“, „gegenseitige Unterstützung“, „gegenseitige Rücksichtnahme“, „gegenseitiges Vertrauen“.
- Zusammenhalt in gewachsenen Strukturen ist leichter herzustellen und zu erhalten als in künstlich hergestellten Verbänden, zum Beispiel infolge von Gebietsreformen.
- Außerhalb des sozialen Nahraums wird der soziale Zusammenhalt überwiegend kritisch bewertet (siehe Grafik 1):

Während in Waldeck-Frankenberg 69 Prozent der Befragten den Zusammenhalt in ihrem Wohnort mit „stark“ oder „eher stark“ bewerten, sagen das über den Landkreis nur noch 43 Prozent, über den Zusammenhalt in ganz Deutschland sogar nur noch 10 Prozent aus. In Saalfeld-Rudolstadt ist die Tendenz mit 44 Prozent im Wohnort, 19 Prozent im Landkreis und 8 Prozent in Gesamtdeutschland ähnlich, jedoch ist auffällig, dass die Bewertung des Zusammenhalts mit „stark“ oder „eher stark“ deutlich seltener vergeben wurde als in Waldeck-Frankenberg.

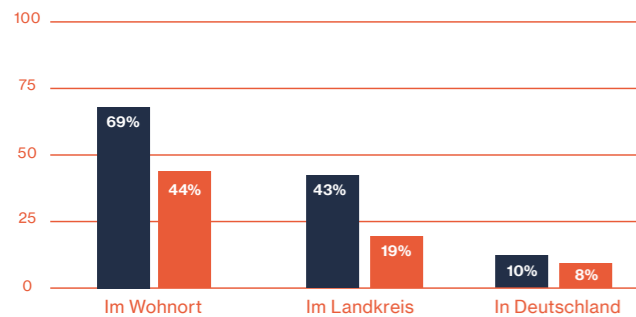
- Dieses Negativurteil zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland findet sich auch in der Trendeinschätzung wieder: 80 Prozent der Befragten in Waldeck-Frankenberg und 79 Prozent der Befragten in Saalfeld-Rudolstadt sind der Auffassung, dass dieser in den letzten 10 Jahren „schwächer geworden“ sei (siehe Grafik 2).

Einschätzung zur Entwicklung des Zusammenhalts in Deutschland



Grafik 2: Antwort auf die Frage „Wie hat sich der gesellschaftliche Zusammenhalt in den letzten 10 Jahren in Deutschland entwickelt?“

Bewertung des Zusammenhalts mit „stark“ oder „eher stark“



Grafik 1: Antwort auf die Frage „Wie stark schätzen Sie insgesamt derzeit den gesellschaftlichen Zusammenhalt ein?“

Legende:



Waldeck-Frankenberg



Saalfeld-Rudolstadt

- Die kritische Sicht auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt korrespondiert mit der Wahrnehmung regionaler Disparitäten durch die Befragten (siehe Grafik 3):

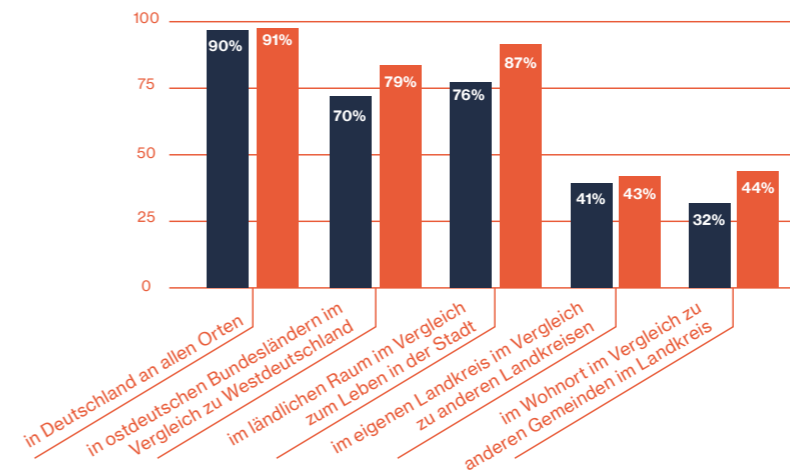
9 von 10 der Befragten, sowohl in Waldeck-Frankenberg als auch in Saalfeld-Rudolstadt, schätzen die Situation in Deutschland für alle Bürger*innen, egal, wo sie wohnen, als „eher nicht gleich gut“ und „gar nicht gleich gut“ ein. Auch beurteilen 70 Prozent der Befragten in Waldeck-Frankenberg und 79 Prozent der Befragten in Saalfeld-Rudolstadt die Lebensbedingungen in den ostdeutschen Bundesländern im Vergleich zu denen in Westdeutschland als weniger gut. Nach den gleichwertigen Verhältnissen im ländlichen Raum im Vergleich zum Leben in der Stadt gefragt, urteilen

76 Prozent der Befragten in Waldeck-Frankenberg und 87 Prozent in Saalfeld-Rudolstadt „eher nicht gleich gut“ oder „gar nicht gleich gut“.

- Bestandsschutz und Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts sind auch eine Frage der persönlichen Haltung: Eigenschaften wie „Achtsamkeit“, „Respekt“, „Toleranz“, „Aufgeschlossenheit“, „Solidarität“, „Hilfsbereitschaft“ oder „das Übernehmen von Verantwortung“ sind wichtige Bindeglieder für den Zusammenhalt.

- Die zunehmende Individualisierung, Entsolidarisierung und „Ellbogenmentalität“ sind Parameter, anhand derer Zusammenhalt bewertet wird.

Einschätzung der Lebensbedingungen: „eher nicht gleich gut“ oder „gar nicht gleich gut“



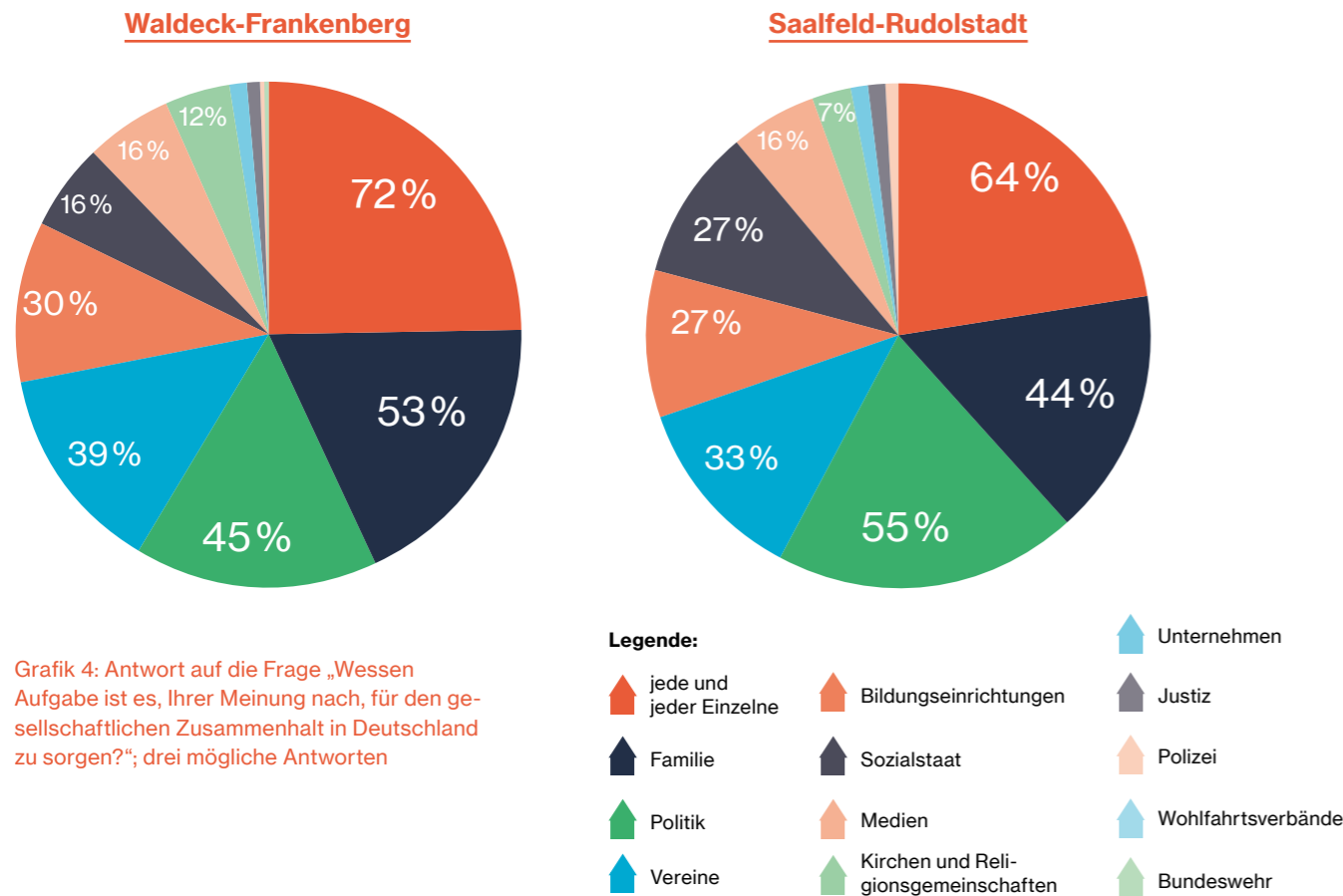
Grafik 3: Antwort auf die Frage „Wie schätzen Sie die regionalen Lebensbedingungen in Deutschland ein?“

„Wenn es diese dörflichen Vereine nicht gäbe, dann wäre das kulturelle Leben tot. Absolut tot. Es ruht nur auf den Schultern dieser Vereine.“

● Wie wichtig die Frage der persönlichen Haltung für die Gewährleistung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist, zeigt auch die Beantwortung der Frage „Wessen Aufgabe ist es, Ihrer Meinung nach, für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland zu sorgen?“ (siehe Grafik 4):

Hier wählen 72 Prozent der Befragten in Waldeck-Frankenberg und 64 Prozent in Saalfeld-Rudolstadt die Antwort „jede und jeder einzelne“ aus, dicht gefolgt von der Familie mit 53 beziehungsweise 44 Prozent. Eine überwiegend persönliche Verantwortung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sehen also alle Befragten, wobei der Anteil in Saalfeld-Rudolstadt doch deutlich geringer ist als in Waldeck-Frankenberg. Bei den Befragten in Saalfeld-Rudolstadt werden dafür die Politik (mit 55 Prozent zweithäufigste Antwort) und der Sozialstaat (27 Prozent) für die Gewährleistung des sozialen Zusammenhalts stärker in die Pflicht genommen. Auf dem vierten und fünften Platz im Ranking folgen in beiden Landkreisen die Vereine und Bildungseinrichtungen, wobei jeweils in Hessen in stärkerer Ausprägung. Gerade die Vereine spielen in Waldeck-Frankenberg mit fast 40 Prozent direkt nach der Politik eine große Rolle in den Bemühungen rund um den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Verantwortung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt



Grafik 4: Antwort auf die Frage „Wessen Aufgabe ist es, Ihrer Meinung nach, für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland zu sorgen?“; drei mögliche Antworten

„Und was auch ganz wichtig ist: es ist ein niedrighschwelliges Angebot. Und das ist, glaub ich, ein ganz entscheidender Punkt. Dass man mit den Leuten hier praktische Dinge unternimmt. Praktische Dinge, wo sie selbst mitmachen können. Wo nicht selbst ein riesiger Überbau notwendig ist.“

„Sozialer Zusammenhalt kommt aus Gerechtigkeit. Und das unterscheidet uns zu DDR-Zeiten. Da war keine Gerechtigkeit. [...] Aber diese Frage, wie werde ich dem anderen gerecht und wie lasse ich ihn zu einem gerechten Leben kommen, das sind schon Fragen, wenn wir an denen nicht arbeiten, dann werden wir den sozialen Zusammenhalt verlieren und das wird in sozialem Unfrieden enden, das können wir nicht wollen.“

„Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist nicht gegeben, wenn die Kluft zwischen arm und reich zu groß ist. Auch die Benachteiligung ganzer Regionen (Leben auf dem Land) verschärft die Situation.“

„Wir stellen Ressourcen zur Verfügung, brauchen aber die Gesellschaft. Und wenn ihr als Gesellschaft nicht mitmacht, du als Unternehmer, du als Wohnungsbesitzer, du als Kreistagsabgeordneter, oder als Pfarrerin, wenn ihr nicht mitmacht, dann kann es nicht gelingen.“

„Ich denke schon es ist wichtig, dass das eigentliche Projekt dann aus der Gemeinschaft selbst herauskommt. Sonst wird es nicht funktionieren. Die Menschen müssen sich ja auch damit identifizieren und die sind ja auch die eigentlichen Experten vor Ort. Die wissen genau, wo es hakt und wissen auch, welche Menschen vor Ort leben, wie sie mit ihnen umgehen müssen, wie sie sie motivieren können. Also die Expertise ist vor Ort und die sollte vor Ort dort auch genutzt werden.“

Wo im Kleinen Großes entsteht

In den letzten drei Jahrzehnten hat Saalfeld-Rudolstadt viele Menschen verloren. Geblieben aber sind viele, die die Zukunft ihrer Heimat in die eigenen Hände nehmen.



Lippelsdorf im Thüringer Schiefergebirge: In der DDR zog die Region Saalfeld-Rudolstadt viele Touristen an. Mit der Wende kam der Einbruch, aber auch neuer Tatendrang.



Es sind ganz kleine Dinge, die diesen Ort besonders machen. Drei Stängelchen Lavendel, umwickelt mit einem Grashalm, eine kleine Schale mit Keksen, der Vorrat an selbstgenähten kunterbunten Stoffmasken, den Gertraud Jermutus Besucher*innen anbietet, die keine eigene dabei haben. So wird aus den Tischen und Stühlen vor der Begegnungsstätte auf dem Gelände der Gemeinschaftsunterkunft Rudolstadt schnell ein kleines Straßencafé. Und ebenso herzlich und pragmatisch wie der spontane Treffpunkt sind auch die Betreiber*innen dieses Treffpunkts: die „Neuen Nachbarn Rudolstadt“. Gertraud Jermutus gehört zu den Gründungsmitgliedern der Initiative, die sich hier seit gut sechs Jahren um Geflüchtete kümmert. Zusammengekommen sei man damals, um den Protesten gegen eine in Rudolstadt geplante Erstaufnahmestelle auf dem früheren Krankenhausgelände sowie den Vorbehalten gegenüber Geflüchteten etwas entgegen zu setzen, erzählt Jermutus. „Wir wollten zeigen, dass es ein Gegengewicht zu den Aussagen ‚Wir wollen die Geflüchteten hier nicht haben‘, gibt, die damals aus Teilen der Bevölkerung kamen.“ Und man habe dafür sorgen wollen, dass das Zusammenleben von Neuankömmlingen und Alteingesessenen, den neuen Nachbarn also, gut funktionieren würde. Und darin waren und sind sie sehr erfolgreich. Insbesondere die intensive Einbindung von Bürger*innen in den gesamten

Entwicklungsprozess der Initiative sowie die Zusammenarbeit mit mehreren sozialen Trägerorganisationen, dem Landkreis und anderen Partner*innen haben die Neuen Nachbarn Rudolstadt, als einen Sozialen Ort im Landkreis, schnell, flexibel und solidarisch auf neue Realitäten in ihrem Lebensumfeld reagieren lassen.

Eine Erstaufnahme wurde nicht eingerichtet, aber eine Gemeinschaftsunterkunft, die seitdem intensive Unterstützung durch die „Neuen Nachbarn Rudolstadt“ findet. Rund 50 Engagierte hätten zu Anfang in 14 Arbeitsgruppen überlegt, welche Hilfe die meist jungen Männer aus Eritrea und Syrien brauchen könnten, um sich gut einzuleben. Die Initiative bot Sprachkurse und Beratungen an, organisierte gemeinsame Arbeitseinsätze und Feste, baute eine Kleiderkammer auf. „Seit wir angefangen haben, sind etwa 70 persönliche Patenschaften entstanden“, erzählt Jermutus, „die bestehen auch immer noch, obwohl viele der Geflüchteten inzwischen längst nicht mehr hier leben.“ Nach den sehr arbeitsreichen Anfangsjahren seien die Aktivitäten inzwischen allerdings weniger geworden, „das ist immer auch stark davon abhängig, wer hier gerade lebt und was gebraucht wird“. Über Austauschgespräche, Zukunftswerkstätten und regelmäßige Koordinierungsrunden bleiben die Engagierten untereinander trotzdem in Kontakt und schauen immer aktuell, welche Bedarfe be-



Gertraud Jermutus schafft mit den „Neuen Nachbarn Rudolstadt“ eine besondere Art der Willkommenskultur.

stehen und wie sie darauf reagieren können. Auch Gertraud Jermutus ist weiterhin aktiv und steht mit ihren Mitstreiter*innen im tageweise betriebenen Café im Club der Neuen Nachbarn für Fragen und Gespräche zur Verfügung.

Dass geflüchtete Menschen nicht als Bedrohung, sondern mehr und mehr als Bereicherung in einer Region gesehen werden, die sich in den letzten Jahren aufgrund von Abwanderung und Überalterung mit vielen Problemen konfrontiert sieht: Das wünscht sich auch Sebastian Heuchel von der externen Fach- und Koordinierungsstelle Partnerschaft für Demokratie Saalfeld-Rudolstadt. Der Thüringer Landkreis gilt als strukturschwach und leidet seit Mitte der 1990er-Jahre unter einem deutlichen Bevölkerungsschwund, Arbeitsplätze und Investitionen gingen zurück. Einerseits. Andererseits finden sich hier viele industrielle Ansiedlungen und so genannte Hidden Champions, kleine und mittlere Unternehmen, die auf ihren Feldern Großes leisten. Und es gibt Menschen, die sich hier für ihre Heimat einsetzen, die Soziale Orte dort schaffen und erhalten, wo staatliche Infrastruktur bröckelt – damit wollen sie zum sozialen Zusammenhalt beitragen und die Lebensqualität vor Ort verbessern. Heuchel beobachtet den staatlichen Rückzug mit Sorge, nicht selten würden Rechtsextreme in die so entstehenden Lücken stoßen, etwa wenn es um Angebote für Jugendliche gehe. Dass sein Landkreis dem Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) als Untersuchungsfeld diene, um hier Erkenntnisse für das Funktionieren Sozialer Orte zu gewinnen, betrachtet er als Gewinn und unterstützt das Forschungsteam daher gerne mit Informationen aus und Kontakten in die Region. „Die Region ist einfach spannend und es kann nur helfen, wenn sie mehr

Aufmerksamkeit bekommt. Wenn Partizipation befördert werden soll, ist es immens wichtig, zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken.“ Noch immer sei das Gefühl, dass Bürger*innen auch selbst zuständig sind für ihr Gemeinwesen und dafür Verantwortung übernehmen wollen und sollen, in den ostdeutschen Bundesländern geringer ausgeprägt als in Westdeutschland. Deshalb müsse man die Aktiven hier stärken und unterstützen.

Was sie auf die Beine stellen können, wird an vielen Stellen im Landkreis sichtbar. Zu einem der schönsten Orte gehört zweifellos der Weinberg in Rudolstadt. Abseits des Straßenlärms tut sich hier unterhalb der Heidecksburg ein zum Verweilen einladender Ort auf – mit Rebstöcken, üppig blühenden Rosenbüschen und Bänken in der Sonne. Mitverantwortlich für diesen Ort ist Astrid von Killisch-Horn. Die gebürtige Düsseldorferin kam 2008 nach Rudolstadt und verliebte sich spontan in die wunderschönen alten Villen mit terrassenförmigen Gärten in ihrer neuen Heimat. Seit 2009 ist sie mit vielen weiteren interessierten Bürger*innen in der Initiative „Rudolstadt blüht auf“ aktiv und spätestens mit der Vereinsgründung in 2011 auch erste Ansprechpartnerin für deren Engagement in Rudolstadt. Mittlerweile zum „Aktionsbündnis“ gewachsen, verfolgt die Initiative das Ziel, Rudolstadt noch grüner und blühender zu machen, (neue) Orte der Begegnung und des sozialen Zusammenhalts zu schaffen und damit die Lebensqualität in der Stadt zu steigern.

Verwirklicht sieht man diese Vorhaben verteilt über die gesamte Stadt und durch Beteiligungsangebote von Frühling bis Winter. Vor allem aber sticht das Engagement am Weinberg heraus, das in 2010 mit der Freilegung und Be-



Wünscht sich mehr Aufmerksamkeit für seine spannende Region: Sebastian Heuchel, Zukunftsladen Saalfeld.

Blick auf Rudolstadt-Schwarza.



Astrid von Killisch-Horn vor dem bisher größten Projekt der Initiative „Rudolstadt blüht auf“: dem Weinberg unterhalb der Heidecksburg.

pflanzung der alten Sandsteinterrassen begann. „Wir hatten das große Glück, dass uns einige Expert*innen ehrenamtlich unterstützt haben, etwa beim Wiederaufbau der Mauern.“ Finanziert wird das Projekt über Spenden; rund 200 Weinbergpatenschaften, die für 25 Euro verkauft wurden, bildeten den Grundstock. Inzwischen lädt der Verein jährlich zum Weinbergfest. Die Pflege des Geländes ist Gemeinschaftsaufgabe, beteiligen kann sich jede*r, die oder der möchte und so kommen die Engagierten mehrmals im Jahr zum Arbeitseinsatz zusammen, einer der Höhepunkte ist die Weinlese. „Zur Vermarktung gekeltert werden dürfen die Rudolstädter Trauben nicht“, sagt Killisch-Horn, „aber bei den Einsätzen wird natürlich verkostet.“

Wie wichtig gemeinsame Projekte und Aktionen sind, weiß auch Burkhardt Kolbmüller. Er betreibt in Bechstedt den KulturNaturHof mit Hofmosterei und Kulturscheune. Wer auf seinen Fachwerkhof kommt und durch die Scheune den nahezu verwunschenen Garten betritt, denkt spontan über das Leben auf dem Land nach, so schön und friedlich ist es hier. Darauf angesprochen lächelt Kolbmüller. Er weiß, dass es auch in der schönsten Umgebung nicht immer nur idyllisch zugeht, auch wenn er das Leben hier im Schwarzatal von Herzen liebt. „Das Schwarzatal war zu Zeiten der DDR und lange zuvor eine prosperierende Region mit unglaublich vielen Touristen. Das ist 1990 komplett weggebrochen, davon hat sich die Region bis heute nicht erholt.“ Heute zähle das Schwarzatal zu den Regionen mit den schlechtesten Demografieprognosen in ganz Thüringen, die Stimmung sei





Burkhardt Kolbmüller für die Zukunftswerkstatt Schwarzatal im Gespräch mit Helena Reingen-Eißler: Er plädiert dafür, weniger zu jammern und mehr selber zu machen.

dementsprechend oft schlecht. Zudem gebe es immer wieder Spannungen zwischen den einzelnen Orten, und die Diskussionen der letzten Jahre rund um die in Thüringen geplante Gebiets- und Gemeindereform hätten die Bevölkerung weiter gespalten. Versöhnung gibt es dagegen von anderer Seite: Gemeinsam mit Mitstreiter*innen hat Kolbmüller die Zukunftswerkstatt Schwarzatal ins Leben gerufen, die regelmäßige Möglichkeiten des Austauschs im Tal schafft sowie Wissen und praktische Unterstützung von außen ins Tal holt. Beispielsweise durch die jährlichen Schwarzburger Gespräche, neue Förderprogramme, Kooperationspartner*innen oder Aktive im Rahmen von Vorhaben der Zukunftswerkstatt. Immerwährende Regel: „nicht (nur) jammern, sondern selber machen“, möglichst gemeinsam.

Über die Zusammenarbeit in einzelnen Projekten und langjährigen Prozessen, beispielsweise als Kandidat der Internationalen Bauausstellung Thüringen (IBA), gilt es als Ziel der Zukunftswerkstatt gemeinsam über die Zukunft der Region nachzudenken und im Kleinen mit Verbesserungen zu beginnen.

Als gemeindeübergreifendes Thema sind besonders die leerstehenden Sommerfrische-Häuser im Fokus der Initiative. Damit knüpft sie an die Vergangenheit des Schwarzatals an. Denn die sogenannte Sommerfrische zog seit dem 19. Jahrhundert Tourist*innen in das Tal, Städter*innen erholten sich den Sommer über in luxuriösen

Villen. Kolbmüller glaubt, dass diese Art des Urlaubs eine Renaissance erfahren könnte in Zeiten, in denen mehr und mehr Menschen Flugreisen meiden und sich stärker regional orientieren würden.

Das Thema „Sommerfrische“ und die Arbeit an den Häusern bringe einerseits Engagierte zusammen und Sorge dafür, dass die Identität des Tals wiederbelebt werde, andererseits mache sie die Region über ihre Grenzen hinaus bekannt und habe bereits erste „Neubewohner*innen“ angezogen. Damit Projekte dieser Art funktionieren, sei externe Unterstützung sehr hilfreich, so der Kulturwissenschaftler. Es sei wichtig, „dass die Leute nicht im luftleeren Raum agieren“, institutionelle Anbindung und gute Netzwerke erleichterten vieles. Kolbmüller wünscht sich mehr „Hilfe zur Selbsthilfe“, etwa in Form kleiner, unbürokratischer Förderprogramme. „Gerade im Kleinen passiert sehr viel – und damit können wir Großes erreichen.“

Was alles möglich wird, wenn die richtigen Partner*innen zusammenarbeiten, das zeigt sich ebenso deutlich in Saalfeld-Beulwitz. Hier, auf dem Gelände einer alten Kaserne, umgeben von Plattenbauten, soll für und mit den Bewohner*innen des Quartiers ein Werkhaus entstehen: Werkräume zum Bauen, Kochen, Nähen oder der Arbeit am Computer sind geplant, Läden und Büros, als Räume für Begegnung, Bildung, Arbeit und Freizeit; das alles in nachhaltiger Bauweise. Ziel dabei ist es, das Lebens-



Die Einwohnerzahl von Katzhütte hat sich seit den 90er-Jahren halbiert. Leerstand ist die Folge.

Das Schwarzatal gehörte zu den beliebtesten Reisezielen in der DDR.



Die Mädchen, die mit ihrer Mutter in der Geflüchtetenunterkunft in Beulwitz wohnen, sind stolz auf „ihren“ Ort.



Hanka Giller: Ohne sie, so ihre Partner*innen, könne der Plan vom Werkhaus in Beulwitz wohl nicht umgesetzt werden.

umfeld im Quartier zu verbessern, indem die kulturelle Vielfalt und die Fähigkeiten der Bewohner*innen des jüngsten Stadtteils von Saalfeld als Potential erkannt werden. Klingt ambitioniert? Ist es auch - aber allein das, was hier auf einer Brachfläche schon entstanden ist, stimmt optimistisch, dass all das zu schaffen ist. Mitten auf der Wiese steht ein bunt angemalter, überdachter Freisitz aus Recyclingmaterial, daneben zwei Lehmöfen und ein Container zum Unterstellen, gefüllt mit Werkzeug. Möglich gemacht hat das die Beteiligung vieler Einzelpersonen und Institutionen im Raum Saalfeld am Entwicklungsprozess, unterstützt durch die IBA Thüringen unter dem Arbeitstitel „Zwischenraum zum Ankommen“. Die Fäden aber hält eine Frau in der Hand: Hanka Giller, Leiterin des Amts für Jugend/Sport/Soziales in der Stadtverwaltung Saalfeld. Wer mit ihr das Gelände besichtigt und sich erklären lässt, was hier noch alles entstehen soll, ist sofort angesteckt von ihrer Energie. Sie ist stolz darauf, dass der Platz schon jetzt als Ort des Zusammenkommens von neuen Bewohner*innen und Alteingesessenen geworden ist. Noch während sie erzählt, laufen drei kleine Mädchen, die mit ihrer Mutter in der angrenzenden Gemeinschaftsunterkunft für geflüchtete Menschen leben, auf sie zu und erzählen aufgeregt von ihrem Tag in

der Schule, um dann den Besucher*innen stolz den Garten neben dem Wohnheim zu präsentieren. Hier wartet der Salat darauf geerntet zu werden, an den Sträuchern röten sich die Beeren. Gerade für die Kinder des Quartiers, die zu großen Teilen aus sozial benachteiligten Familien kommen, sei das Vorhaben wichtig, sagt Hanka Giller, „die haben ja nicht die Möglichkeit, einfach so andere Freizeitangebote zu nutzen“. Meist sehen dies nicht alle ihrer Kolleg*innen sofort, das wird klar, wenn Hanka Giller darüber spricht, wie viele Bedenken es anfangs meist gegen alle Pläne gebe. Doch sie hat dazu gelernt: Als es um den Bau der Lehmöfen ging, da habe sie von selbst den Schornsteinfeger des Bezirks angerufen und gefragt, ob er unbedingt eine Abnahme machen wolle. „Nach kurzem Nachdenken meinte er, er würde ja auch keine Grills in privaten Gärten abnehmen. Thema abgehakt.“ Nicht alles lasse sich so unkompliziert lösen, daher gelte immer sich nicht zu schnell von Vorhaben abbringen zu lassen und im Verbund nach flexiblen Möglichkeiten zu suchen. Auch Martin Spitzer, der Quartiersmanager des Gebiets, kommt aus dem Lob gar nicht heraus: Nichts bringe die Gestaltung eines solchen Ortes besser voran als Partner*innen, „die für das Projekt brennen und immer wieder nach Wegen suchen, um es voranzutreiben“.

Das Forschungsteam in Saalfeld-Rudolstadt

Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) e.V.

Das SOFI (www.sofi.uni-goettingen.de) forscht zum Wandel und zur Gestaltung der Arbeitswelt. Dabei prägt anwendungsorientierte Grundlagenforschung die Institutsarbeit, die sich zentralen Themen der Zeit widmet: In den Projekten werden Fragen der Digitalisierung und Berufsbildung ebenso behandelt wie Folgen betrieblicher Arbeitspolitik oder sozialer Ungleichheit. In jüngerer Zeit rücken in der SOFI-Forschung verstärkt die Produktion öffentlicher Güter und die Praxis sozialen Zusammenhalts in den Vordergrund. So ist das SOFI eines von elf Standorten des bundesweiten Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ).

SOFI-Beiträge zu den Themenfeldern Arbeit, Lebensweisen und öffentliche Güter finden Sie unter www.fgz-risc.de/das-forschungsinstitut/standorte/goettingen



Dr. Rüdiger Mautz

Hat als wissenschaftlicher Mitarbeiter am SOFI die Leitung des Forschungsprojekts inne und arbeitete maßgeblich an der Entwicklung von Interviewleitfäden und Fragebögen sowie der Durchführung und Auswertung von Interviews.

Was war für Sie die größte Überraschung in der Projektlaufzeit?

Die größte Überraschung war für mich die starke Diskrepanz zwischen der ganz überwiegend positiven Bewertung des Zusammenhalts im sozialen Nahbereich von Familie, Freundeskreis, Nachbarschaft oder Wohnquartier einerseits und der kritischen bis negativen Sicht der großen Mehrheit der Befragten auf den sozialen Zusammenhalt im Allgemeinen – bezogen auf die Stadt, den Landkreis und erst recht bezogen auf das ganze Land. Die wichtigste Messlatte für den sozialen Zusammenhalt im Nahbereich ist vielen das Prinzip der „Gegenseitigkeit“ – das heißt reziproke Formen sozialer Beziehungen, in die man sich bereits eingebunden sieht oder die erst noch verwirklicht werden müssten, wie zum Beispiel „gegenseitige Hilfe“, „gegenseitige Rücksichtnahme“ oder „gegenseitiges Vertrauen“.

Helena Reingen-Eifler

Begleitet das Projekt als wissenschaftliche Mitarbeiterin und unterstützt gleichzeitig als Bewohnerin des beforschten Landkreises in Thüringen mit Vor-Ort-Kenntnissen, unter anderem zählten daher die Kommunikation mit den Landkreispartner*innen sowie die Vorbereitung von Landkreis-Aufenthalten für Recherchen und Interviews zu ihren Aufgaben

Für wie viele Menschen haben die Sozialen Orte in den beiden Landkreisen eine Bedeutung?

Die erforschten Sozialen Orte im Landkreis werden nicht allen Einheimischen ein Begriff sein, die direkte Beteiligung ist – obwohl offen – meist auf wenige Aktive begrenzt, und doch werden viele Bürger*innen vermutlich indirekt mit der (Außen-) Wirkung der Sozialen Orte in Kontakt gekommen sein. Sei es über Projekte und Veranstaltungen, deren Idee beispielsweise im Austausch an Sozialen Orten erwachsen ist. Sei es durch neue Zusammenschlüsse und Kooperationen, die sich hieraus ergeben haben. Sei es durch Themen, die verstärkt regional an Bedeutung gewinnen, durch Menschen und Institutionen von außen, die sich plötzlich für die Region interessieren und sich einbringen oder einfach durch eine positive Grundstimmung, dass sich etwas tut, woran gemeinschaftlich gearbeitet wird.





Maike Simmank

Stieg mit Beginn des Forschungsprojekts als studentische Hilfskraft ein. Im Rahmen ihrer Masterarbeit führte sie zusätzliche qualitative Erhebungen in Saalfeld-Rudolstadt durch. Mittlerweile ist sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin in einem Transferprojekt zu Gleichwertigkeit in ländlichen Räumen tätig, das inhaltlich eng mit dem SOK- Projekt verbunden ist.

Was bringen Soziale Orte „ihren“ Gemeinden?

Idealerweise verhelfen Soziale Orte einer Gemeinde oder einer Region zu einem gelebten Miteinander, anregenden Prozessen und lokalem Zusammenhalt. An Sozialen Orten stehen Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft, der Verwaltung und der Wirtschaft im konstruktiven Austausch und gestalten die Lebensverhältnisse vor Ort. Soziale Orte verhelfen Gemeinden zu mehr Lebensqualität.

Sarah Herbst

Ist seit Mai 2019 als studentische Hilfskraft im Projekt beschäftigt und absolvierte kürzlich ihren Master in Soziologie an der Universität Kassel. Als Bezugsraum für die Fragestellung ihrer Masterarbeit wählte sie die im Projekt betrachtete Forschungsregion Saalfeld-Rudolstadt.

Was passiert in einer Gemeinde, wenn sie einen guten Sozialen Ort hat?

Als ein Ort der Begegnung treffen hier unterschiedliche Menschen aufeinander, die sich in ihrer kulturellen und politischen Herkunft und in ihrem Zugang zur Welt unterscheiden können. Dadurch ist er ein Ausgangspunkt, an dem Distanz abgebaut wird, Vertrauen wächst und Teilhabe entsteht. Soziale Orte fördern den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, denn wer positive Erfahrungen im Kleinen macht, projiziert sie auf das Große.



Prof. Dr. Berthold Vogel

Projektverantwortlicher, auf der Suche nach sozialer Wirklichkeit. Ist als Institutsleiter des SOFI und als Sprecher des FGZ-Standortes Göttingen mit einer Reihe weiterer Projekte zu öffentlichen Gütern und Zusammenhalt befasst.

Können Sie drei wichtige Momente benennen, die für das Projekt von Bedeutung waren?

Zunächst die Schwarzburger Gespräche, in deren Rahmen ich auf Saalfeld-Rudolstadt aufmerksam wurde. Hier zeigt sich, wie wichtig solche Veranstaltungsformate sind. Sie schaffen Aufmerksamkeit für die Region. Ein weiteres wichtiges Moment waren die gemeinsamen Exkursionen mit Helena Reingen-Eifler, in denen wir uns die wirtschaftliche und kulturelle Vielfalt des Landkreises erschlossen haben. Um gute Forschung machen zu können, muss man einfach vor Ort sein und über das ins Gespräch kommen, was man unterwegs erlebt. Schließlich als drittes Moment: Die Begegnung und der Austausch mit den Menschen in der Region, die den Widrigkeiten der Zeit trotzen, sich mit Gegebenem nicht abfinden und für eine offene Gesellschaft eintreten. Diese Erfahrungen zeigen, wie notwendig es ist, von den lokalen Verhältnissen her auf gesellschaftliche Veränderungen zu schauen.



Und nun?

Handlungsempfehlungen aus juristischer und raumplanerischer Perspektive

Um Handlungsempfehlungen aussprechen zu können, muss man zunächst die Handelnden ausmachen, die adressiert werden sollen. Betrachtet man das Konzept der Sozialen Orte, so sind Kommunen die zentralen, aber keineswegs die einzigen Handlungsträger der Politik des Zusammenhalts: die Zivilgesellschaft sowie die private und Kommunalwirtschaft sind ebenfalls wesentliche Akteure. Den Handelnden aller drei Sektoren wird aber nur dann ein Spielraum oder Handlungsfeld eröffnet, wenn der Staat – also Bund und Länder – den sozialen Zusammenhalt auch fördert. Das A und O ist die Wertschätzung für ländliche Räume und eine Steigerung des Vertrauens in die Kommunalpolitik.

Denn um handlungsfähig zu werden – oder zu bleiben – benötigen Kommunen zwangsläufig eine bessere Finanzausstattung, mehr finanziellen Spielraum, um günstige Rahmenbedingungen für die Herausbildung Sozialer Orte zu schaffen, um Partizipation zu ermöglichen und Bedürfnisse flexibel und lokal lösen zu können. Gemeinden könnten beispielsweise danach gefördert werden, welche Herausforderungen sie stemmen müssen. Die Ressourcenverteilung könnte entsprechend ausgerichtet werden.

Außerdem sollten transkommunale Vernetzungen und Hilfeleistung in den Fokus rücken. Für starke Kommunen sollte es gewinnbringend sein, schwache Kommunen zu unterstützen.

Des Weiteren sollte die Unterstützung von (riskanten) Gemeinden, sowie die Unterstüt-

zung Sozialer Orte in der Fläche, nicht an Wettbewerbe oder projektabhängige Förderprogramme gebunden sein. Kommunen sollten nicht auf (personelle) Kapazitäten zurückgreifen müssen, um Fördertöpfe anzapfen zu können. Gerade schwächere Kommunen scheitern hieran häufig.

Essentiell ist jedoch die Abwendung von Projektitis – immer wieder neue, kleine, thematisch festgelegt, zeitlich stark befristete Projekte – hin zu einer Prozessförderung. Es muss die Möglichkeit bestehen, Prozesse in Gang zu setzen, die nachhaltig nach dem Vorsorgeprinzip wirken können.

Eine Politik des Sparzwangs und des Abbaus (sozial-)staatlicher Strukturen sollte obsolet werden, zu Gunsten einer flächendeckenden, bedarfsgerechten Daseinsvorsorge. Das Vorhandensein und das Vorhalten öffentlicher Infrastrukturen und Institutionen ist die Grundvoraussetzung für Versorgung und Vorsorge sowie gesellschaftliche Teilhabe und soziale Integration. Soziale Orte entwickeln sich nicht gegen öffentliche Strukturen, sondern mit ihnen. Es braucht eine gewährleistende Verwaltung, einen öffentlichen Rahmen und rechtliche Sicherheiten.

Damit bedarf es auch verwaltungsrechtlicher Handlungsempfehlungen, die in der Expertise des Rechtswissenschaftlers Prof. Dr. Jens Kersten thematisiert werden, sowie Anregungen für die Raumplanung, wie sie Heike Brückner in Ihrer Expertise liefert.

Prof. Dr. Jens Kersten,
Ludwig-Maximilians-Universität München

Das Soziale-Orte-Konzept in verfassungsrechtlicher Perspektive

Das Soziale-Orte-Konzept reagiert auf einen Paradigmenwechsel des gesellschaftlichen Zusammenhalts:¹ Nicht mehr der Ort bestimmt den sozialen Zusammenhalt, sondern der soziale Zusammenhalt macht den Ort aus. In der klassischen Industriegesellschaft stellte ein Ort die sozialen, politischen und technischen, die bildungsbezogenen und gesundheitlichen, die kommunikativen und verkehrlichen Infrastrukturen zur Verfügung, die zur Ausdifferenzierung des sozialen Zusammenhalts geführt haben. Dies hat sich mit dem demografischen Wandel, den Bevölkerungswanderungen und der De-Infrastrukturalisierung verändert: Sowohl in Schrumpfungsalts auch in Wachstumsregionen desintegrieren sich Daseinsvorsorge und Infrastrukturen – und mit ihnen der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft.²

Es ist das Ziel des Soziale-Orte-Konzepts, einen Beitrag zur Garantie des flächendeckenden sozialen Zusammenhalts sowohl in Schrumpfungsalts als auch in Wachstumsregionen der Bundesrepublik zu leisten.³ Dafür setzt das Soziale-Orte-Konzept nicht vollkommen neu an. Denn die Entwicklung der Industriegesellschaft hat mit der von ihr geschaffenen Daseinsvorsorge zugleich infrastrukturelle Pfadabhängigkeiten entwickelt, die sich nicht (einfach) verändern lassen: Siedlungs- und Verkehrsstrukturen, Wasser-, Energie- und Telekommunikationsversorgung. Insofern ergänzt das Soziale-Orte-Konzept das Zentrale-Orte-Konzept um die Idee, dass der soziale Zusammenhalt „vor Ort“ nicht nur aktiv gelebt, sondern aktiv wiederbelebt und gewährleistet werden muss. Die Voraussetzungen für die Entfaltung von Sozialen Orten ist einerseits,

dass Daseinsvorsorge, Infrastrukturen und öffentliche Güter (wieder) zur Verfügung gestellt werden bzw. zur Verfügung stehen. Aber andererseits gilt auch: Ohne Soziale Orte lassen sich Daseinsvorsorge, Infrastrukturen und öffentliche Güter nicht gesellschaftlich beleben.

In verfassungsrechtlicher Perspektive fordert das Grundgesetz die Gewährleistung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ein, den es über das Soziale-Orte-Konzept zu entfalten gilt. Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts bildet die Garantie des Existenzminimums (Art. 1 Abs. 1 i.V.m. Art. 20 Abs. 1 GG), dessen Konkretisierung durch das Bundesverfassungsgericht bereits auf das notwendige Zusammenspiel von Daseinsvorsorge, Infrastrukturen, öffentlichen Gütern und Sozialen Orten hinweist. Die Karlsruher Richterinnen und Richter rechnen beispielsweise Wohnung, Heizung, Hygiene und Gesundheit zum Existenzminimum, was notwendigerweise soziale und technische Daseinsvorsorge, Infrastrukturen und öffentliche Güter voraussetzt. Zugleich verbindet das Gericht diese Gewährleistung mit der Feststellung, dass das menschliche Existenzminimum auch die Teilhabe an Sozialen Orten garantiert und ganz konkret die „Sicherung der Möglichkeit zur Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen und zu einem Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben umfasst, denn der Mensch als Person existiert notwendig in sozialen Bezügen.“⁴ Auf der Grundlage dieses individuellen und zugleich sozialen Existenzminimums entfaltet sich das Grundgesetz als Verfassung des sozialen Zusammenhalts weiter: Die Bürger*innen nutzen ihre Freiheitsrechte, um Soziale Orte zu begründen und zu beleben, insbesondere die Handlungs-, Religions-, Kommunikations-, Versammlungs-, Vereinigungs-, Berufs- und Eigentumsfreiheit (Art. 2 Abs. 1, Art. 4 Abs. 1, Art. 5 Abs. 1, Art. 8, Art. 9, Art. 12 Abs. 1, Art. 14 Abs. 1 GG). Die grundrechtlichen Schutzpflichten veranlassen den Staat, Daseinsvorsorge, Infrastrukturen und öffentliche Güter in den Bereichen Bildung, Energie, Gesundheit, Kommunikation, Mobilität, Pflege und Wasser zu ga-

¹ Kersten/Neu/Vogel, UPR 2017, S. 50 ff., für die Entwicklung des Sozial-Orte-Konzepts.

² Kersten/Neu/Vogel, Demografie und Demokratien, S. 68 ff.; dies., APuZ 46/2019, S. 4 (9 f.).

³ Kersten/Neu/Vogel, UPR 2017, S. 50 (54 ff.); dies., APuZ 46/2019, S. 4 (9 f.).

⁴ BVerfGE 125, 175 (223).

rantieren (Art. 2 Abs. 1, Art. 2 Abs. 2 Satz 1, Art. 5 Abs. 1, Art. 6 Abs. 1 GG). Diese grundrechtliche Dimension des gesellschaftlichen Zusammenhalts wird durch die kommunale Daseinsvorsorge (Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG) sowie die flächendeckenden Infrastrukturgewährleistungen in den Bereichen Verkehr (Art. 87e Abs. 4 Satz 1 GG) sowie Post- und Telekommunikation (Art 87f Abs. 1 GG) weiter ausdifferenziert.

Bürger*innen können aber auch grundrechtliche Teilhabeansprüche aus den genannten Freiheitsrechten in Verbindung mit dem Allgemeinen Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG) und dem Sozialstaatsgebot (Art. 20 Abs. 1 GG) für die Gewährleistung von Daseinsvorsorge, Infrastrukturen und öffentlichen Gütern geltend machen. Sie werden hinsichtlich einer unangemessenen Versorgung mit öffentlichen Gütern, Daseinsvorsorge und Infrastrukturen durch das Verbot geschützt, Menschen wegen ihrer (örtlichen) Heimat oder ihrer (sozialen) Herkunft zu diskriminieren (Art. 3 Abs. 3 Satz 1 GG). Das Sozialstaatsgebot (Art. 20 Abs. 1 GG) verpflichtet den Staat, gerade in Zeiten territorialer Ungleichheit, für sozialen Ausgleich, eine gerechte Lastenverteilung und erträgliche Lebensbedingungen für alle zu sorgen.⁵ Schließlich geht es

dem „bundesstaatlichen Rechtsgut“⁶ der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse (Art. 72 Abs. 2 GG) darum, eine angemessene Qualität und Vernetzung von Daseinsvorsorge, Infrastrukturen und öffentlichen Gütern zu garantieren, sodass alle Bürger*innen Soziale Orte beleben können.

Angesichts der sich zuspitzenden territorialen Ungleichheit gilt es auch, an die enge verfassungsrechtliche Verknüpfung von Demokratie (Art. 20 Abs. 1 und 2 GG) und sozialem Zusammenhalt, von Daseinsvorsorge, Infrastrukturen, öffentlichen Gütern und Sozialen Orten zu erinnern. Wenn es also um den Zusammenhalt der bundesrepublikanischen Gesellschaft aufgrund sozialer und territorialer Polarisierungen nicht gut steht, so liegt dies im demokratischen Verfassungsstaat an niemand anderem als uns selbst: Wir Bürger*innen entscheiden über den sozialen und territorialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft, die Gewährleistung von Daseinsvorsorge und Infrastrukturen sowie die soziale und territoriale Verteilung öffentlicher Güter; und auf dieser Grundlage beleben wir Bürger*innen Soziale Orte. So bringt das Soziale-Orte-Konzept zum Ausdruck, dass der liberale und soziale Verfassungsstaat von Voraussetzungen lebt, die er selbst gewährleisten kann und muss.

⁵ BVerfGE 1,97 (105); 5,85 (198); 22,180 (204); 69,272 (314); 123,267 (359).

⁶ BVerfGE 106,62 (144).

Heike Brückner
Bauhaus Dessau

Eine neue Planungskultur einüben: Instrumente der räumlichen Planung für ein Soziale-Orte-Konzept

Bei der raumplanerischen Expertise werden Planungsinstrumente und deren Tauglichkeit für ein Soziale-Orte-Konzept untersucht. Die zentrale Frage dabei lautet: Wie kann die Produktion sozialen Zusammenhalts durch Planung unterstützt werden? Der aktuelle Diskurs um eine neue Planungskultur, die viel stärker auf neue Aushandlungs- und Teilhabeformen zielt und den Prozesscharakter von Planung unterstützt, wird reflektiert und auf das Soziale-Orte-Konzept übertragen.

Die Dynamisierung von Fläche und Raum bringt nicht nur eine Vervielfältigung von Akteur*innen hervor, sondern erhöht auch den Aushandlungsbedarf und den Steuerungsbedarf. Welche neuen Planungsinstrumente sind nun erforderlich? Wie lässt sich das zivilgesellschaftlich gestalten und organisieren? Die klassische Raumplanung ist dafür zu träge, zu förmlich, zu funktionsorientiert und dabei funktionstrennend angelegt – stattdessen sind „informelle Pläne“ und „offene Planungsprozesse“ notwendig, die so viele Akteur*innen einbeziehen wie nur möglich.

Im Rahmen einer Forschungsarbeit zum Neulandgewinner-Programm (Robert Bosch Stiftung) wurden Protagonist*innen zu ihren Erfahrungen mit „Planung und Planungsinstrumenten“ befragt. Die Auswertungsergebnisse wurden anschließend für das Soziale-Orte-Konzept adaptiert.

Die Neulandgewinner*innen sehen sich als Soziale Orte einer gesellschaftlichen Trans-

formation. Diese Sozialen Orte sind weder rein altruistisch motiviert, noch auf bloße Selbstverwirklichung ausgerichtet. Hier finden sich Akteur*innen, die Gesellschaft selber machen wollen. Ihre Aktivitäten zielen auf Alternativen zu den bestehenden Wirtschaftsstrukturen ab, welche in ihren Augen verantwortlich für Ungleichheiten sowie das Auseinanderfallen der Gesellschaft – sozial wie auch räumlich – sind. Eine These, die auch der Ungleichheitsbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung (2019)⁷ bestätigt: „Weder das starke Wirtschaftswachstum noch die Tatsache, dass zuletzt mehr Menschen in Deutschland Beschäftigung finden, haben dazu beigetragen, die deutlichen Gräben zwischen reichen und ärmeren Regionen in Deutschland abzubauen. Vielmehr haben sich die Abstände zwischen den dynamischen und den benachteiligten Regionen verfestigt.“ Mehr Wachstum und Wohlstand bringen also nicht zugleich mehr Gleichheit und Gerechtigkeit hervor, sondern können auch die gesellschaftliche Spaltung befördern und den sozialen Zusammenhalt gefährden.

Ergo scheinen die bestehenden Umverteilungssysteme nicht zu funktionieren. Sie mildern Ungleichheiten partiell, aber sie können sie auch in ihrem Bestehen verlängern, indem sie strukturelle Probleme nicht von der Basis her angehen.

Soziale Orte können – diesen Schluss lassen die Erfahrungen der Neulandgewinner*innen zu – den Zusammenhalt stärken; durch produktives Tätigsein, verbunden mit Gemeinschaftsbildung und einer gemeinsamen Lernerfahrung. Der Aspekt des kollektiven Produktiv-Seins ist als konstituierendes Element für das Entstehen sozialer Beziehungen und sozialer Räume dabei besonders wichtig.

Diese sozialen Akteur*innen sind zugleich wirtschaftlich handelnde Akteur*innen, deren Tätigkeiten aber weniger auf Profit und Gewinnmaximierung ausgerichtet sind, sondern vielmehr unmittelbar dem Gemeinwohl dienen. Damit verbunden sind kollektive und solidarische Wirtschaftsformen und ein Arbeitsbegriff, der Eigenarbeit, Selbstverwirklichung und soziale Teilhabe einbezieht.

⁷ Philipp Fink, Martin Hennis, Heinrich Tiemann, Ungleiches Deutschland, Sozioökonomischer Disparitätenbericht, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2019.

Das impliziert andere Planungsziele als eine auf Wachstum ausgerichtete Raumordnungs- und Planungspolitik wie zum Beispiel:

- Commoning statt Privatisierung
- Kooperation statt Konkurrenz
- Kultur des Maßhaltens gegen die Verschwendung von Ressourcen
- Reproduktivität statt maximal mögliche Produktionssteigerung
- Suffizienz statt Effizienz

Diese alternativen Planungsziele lassen sich nicht mit den Instrumenten einer auf Wachstum und lineare Entscheidungswege ausgerichteten Raumplanung erreichen. Es geht darum, eine andere Kultur von Planung einzuüben. Eine Planungskultur, die auf Maßhalten, auf Dialog und gemeinsames Lernen setzt, die offen ist und ein Aushandeln von Zielen und Wegen ermöglicht. Eine Raumplanung, die das Wissen, die Erfahrung und die Lebenswelt der Bürger*innen nutzbar macht, für die anstehenden Aufgaben und Herausforderungen einer gesellschaftlichen Transformation.

Für ein Konzept der Sozialen Orte braucht es Strukturen und Rahmenbedingungen, die die Selbstermächtigung stärken. Soziale Orte lassen sich nicht implementieren oder gar „bauen“. Aber sie können in ihrer Herausbildung unterstützt werden, durch:

- Infrastruktur für Wissen, Zeit und Geld
- Institutionen, die handlungsleitende Regeln aufstellen und Anreizstrukturen schaffen
- politische Weichenstellungen, die Schrumpfung und Wachstum planerisch zusammen denken

Ein wichtiges Anliegen des Soziale-Orte-Konzepts sollte die Schaffung von Gestaltungsräumen und Strukturen der Selbstermächtigung und Selbstorganisation sein. Dafür braucht es Instrumente für dialogische und diskursive / kooperative Planungsprozesse:

- Aktivierung statt Partizipation
- Aushandlungsprozesse organisieren, statt starre (Planungs-) Vorgaben machen
- die Komplexität der Sozialräume gestalten, statt an funktionalen Trennungen festzuhalten
- integrierend statt funktionstrennend agieren
- so viele Akteur*innen wie möglich einladen und einbinden, statt durch Wettbewerb auszuschließen

Das Soziale-Orte-Konzept soll Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft, der Verwaltung und Wirtschaft bei der Herausbildung und Stärkung Sozialer Orte unterstützen. Es sind Soziale Orte, die von und mit Bürger*innen gemacht werden. Es geht um eine Raumorganisation von unten, die sich ergänzend zum Zentrale-Orte-Konzept entfalten kann. Anstelle der vertikal und hierarchisch organisierten (Versorgungs-) Strukturen, die zu immer mehr Zentralisation geführt haben, entstehen so horizontale Strukturen, die dezentral organisiert, die kleinkörnig sind und sich dabei auch überlappen können.

→ Die vollständigen Expertisen stehen für Sie auf folgender Webseite: www.uni-goettingen.de/Soziale-Orte

Das heißt konkret? Empfehlungen für den Aufbau raumplanerischer Unterstützungsstrukturen für Soziale Orte und aktive Bürger*innen

Quelle: Langfassung, Raumplanerische Expertise „Instrumente der räumlichen Planung für ein Soziale-Orte-Konzept“ von Heike Brückner, Zusammenstellung: SOK-Projektteam

- Verantwortlichkeiten für Unterstützungsstrukturen aufbauen und ein unabhängiges Monitoring etablieren
- Amtsprozesse und -zugänge erleichtern, z.B. über neue unabhängige Ansprechpartner*innen oder Anlaufstellen
- Eine „Kultur des Abgrenzens“ verhindern und Raum für Aushandlungsprozesse schaffen, z.B. durch gut moderierte bereichsübergreifende regelmäßige Gespräche, ämterübergreifende Arbeitsgruppen oder Planungswerkstätten mit externer Begleitung
- Prozessgestaltende Planungsinstrumente entwickeln, wie z.B. flexible „B-Pläne“ oder „dynamische Bauanträge“, flexible Vertragslösungen (Pflegevertrag, Gestattungsvertrag, Zwischennutzungsvereinbarung) oder angepasste Brandschutzvorgaben (z.B. Brandschutzwächter*innen) für Kleinstvorhaben
- Ergänzung formeller Planungsinstrumente durch informelle: gemeinsam ausgehandelte Vereinbarungen (Charta, Moratorium, „Spielregeln“) oder temporäre Lösungen wie Zwischennutzungen und Raumpatenschaften
- Aufbau und Förderung von Strukturen in der integrierten Planung, die alle Bürger*innen einladen und einbeziehen

- Kontinuität von Unterstützungsstrukturen für Bürger*innen gewährleisten und bereits von Anfang an mitdenken, z.B. durch Staffelübergabe an bestehende Gruppen, Institutionen oder neue Akteur*innen

- Finanzstrukturen schaffen, mit denen für Dauerhaftigkeit und Verstetigung gesorgt werden kann sowie die prozesshafte Entwicklung von Sozialen Orten und anderen Vorhaben, d.h. den ihnen innewohnenden Wandel, berücksichtigt, z.B. durch Schritt-für-Schritt-Investitionen und eine andere Förderkultur für „kreative Kettenreaktionen“, für wichtige Vorhaben und Prozesse ohne abgeschlossenen Masterplan

Gezielte Förderung oder Finanzierung von Sozialen Orten und Engagement, mit wenig Antragsaufwand und verringertem Haftungsrisiko, durch:

- Kleine Budgets, um das Prinzip der Schritt-für-Schritt-Interventionen zu stützen und „Selbermachen“ zu aktivieren
- Verfügungsfonds, die der Sicherung von Kontinuität und Verstetigung dienen sowie der Verdichtung von Bürger*innenprojekten in Netzwerken
- Experimentier- und Interventionstöpfe für kurzzeitige Programme mit viel Experimentiercharakter
- „Investitionen in Menschen“, z.B. durch bezahlten Ehrenamtstag, Budgets für Reisekosten, um Workshops und Netzwerktreffen zu ermöglichen oder finanzierte „Unternehmensberatung“ (Organisationsentwicklung, Mentoring, Teambildung) für Vereine und Initiativen
- Finanzielle Unterstützung bei formalen Planungen, wie teuren Bauanträgen oder Lärmgutachten
- Vereinfachung des Genossenschaftsrechts, um Zugänge für Kleinstvorhaben und Engagement der Bürgerschaft ohne Gewinnvorhaben zu erleichtern

Claudia Neu und Berthold Vogel

Öffentlichkeit gegen den Trend

Ein Ausblick

Hoch erfreut, überrascht, gelegentlich ein bisschen irritiert, stellt das Forscherteam fest, dass der Begriff der Sozialen Orte in den vergangenen drei bis vier Jahren eine ganz eigene Dynamik entwickelt hat. Offensichtlich ist für jede*n unmittelbar verständlich, was ein Sozialer Ort ist. Ein Ort, an dem wir uns gerne aufhalten, wo wir Menschen treffen und miteinander sind. Soziale Orte sind oftmals Öffentlichkeit gegen den Trend. Wir finden sie gerade dort, wo es wirtschaftlich und demografisch schwierig ist. Hier setzen sie einen positiven Gegenakzent. Und die Unmittelbarkeit und Bildhaftigkeit des Begriffs tun ihr Übriges. Alles das ist sicher Teil der Erfolgsgeschichte Sozialer Orte.

Doch es ist nicht nur der schöne Klang der Worte: Hinter der Aufmerksamkeit, die dem Begriff und dem Konzept der Sozialen Orte geschenkt wird, stecken sehr ernsthafte gesellschaftspolitische Herausforderungen. Wenn Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und engagierte Unternehmen mit positiver Resonanz auf den Begriff der Sozialen Orte reagieren, dann wird deutlich, dass offensichtlich alle großen gesellschaftlichen Scharnierinstitutionen vor einem Problem stehen: Sie können sich ihrer aktuellen Verfasstheit und ihrer künftigen Verfassung nicht mehr sicher sein. Die sozialen Bruchlinien und Fragmentierungen der Gesellschaft verlaufen durch ihre Organisationen. Die Verunsicherung über das Wohin der Gesellschaft macht vor ihren Toren nicht Halt. Das institutionelle Gerüst scheint überkommen und brüchig. Die jungen Leute, die für die Zukunft stehen sollen, sind allerorten rar. Wenn diese gesellschaftlichen Spieler*innen Interesse zeigen, an Sozialen Orten mitzuwirken und damit anfangen, sich selbst als Soziale Orte zu verstehen, dann wird deutlich: Die Gesellschaft ist in Bewegung. Die Zeichen der Zeit stehen bei

DGB und Kirchen, bei Caritas und Diakonie, und auch bei Feuerwehr und THW auf Öffnung und auf Präsenz vor Ort. Das institutionelle Überleben ist kein Selbstläufer mehr. Die Gewissheit „Uns gab es schon immer“ ist kein Zukunftskonzept.

Auch Politik erkennt die Notwendigkeit, Begegnungsorte und Gelegenheitsstrukturen lokal zu schaffen oder zu erhalten. Beispielsweise wurde in Niedersachsen schon 2018 das Modellvorhaben „Soziale Dorfentwicklung“ aufgelegt, um stärker als bisher die Entwicklung der Dörfer und Gemeinden als Soziale Orte in den Mittelpunkt regionaler Strukturpolitik zu stellen. Im Juni 2020 ging gar das Modellprojekt „Soziale Orte“ aus den sächsischen Koalitionsverhandlungen hervor.

Wie kann es aus unserer Sicht weitergehen? Ziel des Soziale-Orte-Konzepts bleibt, nicht nur einzelne Förderprogramme anzuregen, sondern auch zukünftig mit wissenschaftlicher Arbeit Impulse zu den Themen territoriale Ungleichheit, Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und gesellschaftlicher Zusammenhalt zu geben. Wir denken hier zum Beispiel an eine „neue Kartographie des sozialen Zusammenhalts“, die Kriterien zur Erfassung von Kooperationsbeziehungen, Netzwerken, Unterstützungsstrukturen und Sozialen Orten in den Regionen entwickelt.

Zentral ist hierbei, dass mit der Aufmerksamkeit für Soziale Orte auf der einen Seite lokale Bedarfe an Versorgung, Verwaltung und Mobilität sichtbar werden und auf der anderen Seite der Wert der Daseinsvorsorge und der öffentlichen Güter vor Ort für gesellschaftlichen Zusammenhalt und lokale Demokratie in den Vordergrund tritt. Soziale Orte setzen daher ein demokratisches Ausrufezeichen – in der Pandemie, deren soziale und ökonomische Folgen wir kaum abschätzen können, wichtiger denn je!

Impressum:

Das Soziale-Orte-Konzept. Neue Infrastrukturen für gesellschaftlichen Zusammenhalt

Herausgeberin:

Georg-August-Universität Göttingen
Department für Agrarökonomie und Rurale Entwicklung
Lehrstuhl für Soziologie Ländlicher Räume
Platz der Göttinger Sieben 5, 37073 Göttingen



Ein gemeinschaftliches Forschungsprojekt
(01.10.2017 – 31.12.2020)



SOFI | Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen
an der Georg-August-Universität

In Kooperation mit



Anmerkungen der Redaktion:

Die Inhalte des Magazins entstanden in Zusammenarbeit mit den Tätigen im Verbundforschungsprojekt „SOK“. Namentlich gekennzeichnete Beiträge unter Handlungsempfehlungen spiegeln die Sicht zweier Expert*innen auf das Soziale-Orte-Konzept wider und wurden unbearbeitet durch die Redaktion übernommen. Die Urheberrechte liegen bei der Herausgeberin.

Gendergerechte Sprache ist uns ein Anliegen. Deshalb investieren wir Zeit und Mühe, um die Texte diskriminierungsfrei zu gestalten.

Redaktion:

Die Rederei gUG (haftungsbeschränkt)
Liebigstraße 26, 01187 Dresden

Grafik:

Mandy Münzner

Fotos:

Benjamin Jenak

Druck:

Silber Druck oHG
Otto-Hahn-Straße 25
34253 Lohfelden

Auflage:

1 750 Stück

Bezug: kostenfrei als PDF-Datei unter
www.uni-goettingen.de/Soziale-Orte und
www.sofi-goettingen.de/publikationen/

